

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton- und Tiefbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Puffer- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1.— RM. (ohne Bestellgeld). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Blattes Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund  
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 7 Dönhofs 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentrale. Geschäftsangelegen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

### Vorläufige Tarifentscheidungen — die zentrale Schiedsstelle hat das Wort!

Wir konnten bereits in der vorigen Woche berichten, daß in einigen Bezirksarbeitsämtern die vorläufige Entscheidung über die Bauarbeiterlöhne gefallen war. Wir holen heute das, was uns bisher über weitere Entscheidungen der Bezirksarbeitsämter bekannt ist, nach. Im Vertragsgebiet Ostpreußen ist nach langwierigen Auseinandersetzungen die Verhandlung spruchlos ausgefallen, weil der Vorstoß, seine Befugnisse überschreitend, schließlich einen Vorschlag machte, der den Arbeitervertretern vollständig inakzeptabel erschien. Für das Lohngebiet Pommern kam ein Schiedsspruch zustande, wonach der Gehalt um 10% abgebaut werden soll. Der für Oberschlesien gefällte Schiedsspruch enthält 8% Lohnabbau. Geradezu empörend ist der für das Lohngebiet Provinz Sachsen-Anhalt gefällte Schiedsspruch. Hier wurden für Facharbeiter durchschnittlich 15% Lohnabbau ausgesprochen. Auch für das Osterland kam mit Hilfe der Unternehmerstimmen ein Schiedsspruch auf 15% Lohnabbau zustande. Im Lohngebiet Gießen wurde mit Hilfe der Unternehmerstimmen auf 12% Lohnabbau erkannt. Die Verhandlungen für das Lohngebiet Kassel zeigten kein Ergebnis. Dasselbe trifft zu für die Lohngebiete Hann.-Münden, Waldeck, Kr. Frankenberg, Kr. Wismenhausen und das Siegerland. Für das Tarifgebiet Hanau wurde auf 11% Lohnabbau, für das Tarifgebiet Kreuznach auf 14,8% Lohnabbau entschieden. In beiden Fällen stimmten die Unternehmer für den Schiedsspruch. Auch im Vertragsgebiet Nordwestdeutschland kam mit den Stimmen der Unternehmer ein Schiedsspruch auf 11,4% Lohnabbau in der Spitze zustande. Im Vertragsgebiet Braunschweig wurde entschieden, die Löhne vom 14. April 1927 wieder in Kraft zu setzen, was einen Lohnabbau von 11,6% bedeutet. Im Vertragsgebiet Unterweser-Ems wollte der Vorstoß partout keinen günstigeren Spruch fällen wie für Hannover und Braunschweig. Es kam zu keinem Ergebnis. Auch im Vertragsgebiet Norden kam kein Schiedsspruch zustande. Im Vertragsgebiet Bayern lautet der Spruch des Tarifamts in der Spitze auf 7,3% Lohnabbau. Für Württemberg verliefen die Verhandlungen ergebnislos, weil die Unternehmer einen Befehliger gesandt hatten, der schon früher auf Protest der Arbeiter hin aus dem Tarifamt ausgeschieden war. Am 23. März soll nochmals verhandelt werden. Für Baden und die Vorderpfalz wurde gegen die Arbeiterstimmen ein Spruch gefällt, der den Gehalt um 13% herabsetzt. In der Pfalz wurde ebenfalls auf 13% Lohnabbau erkannt. Im Saargebiet sollen die Spitzenlöhne um 5% gekürzt werden. Die Tarifamtsführung im Vertragsgebiet Thüringen sabotierten die Unternehmervertreter des Hochbaus durch Nichterscheinen. Das Tarifamt verlagte die Sitzung. Im Tarifgebiet Grenzmark hat das Tarifamt 12,2% Lohnherabsetzung ausgesprochen. Im Freistaat Sachsen sind die Verhandlungen ausgefallen. Für Westdeutschland ist auf 12% Abbau erkannt worden. — Wir sehen also, daß die Schiedssprüche sehr verschiedene Ausfallen sind. Entscheidend war für die Höhe des Lohnabbaues vor allem die mehr oder weniger reaktionäre Einstellung des jeweiligen Tarifamtsvorsitzenden. Danach wurde der Lohnabbau bemessen, und zwar in den extremen Fällen stets mit den Stimmen der Unternehmervertreter.

Wir haben die Schiedssprüche nur in gedrängter Weise zum Vortrag gebracht, weil diese Entscheidungen nur vorläufige Geltung haben und nur vorläufige Geltung haben können. Wir können bis heute noch nicht daran glauben, daß ein solches Unrecht, wie es hier von den meisten Tarifämtern ausgesprochen worden ist, durch das zentrale Schiedsgericht aufrechterhalten werden kann. Die soziale Lage der Bauarbeiter ist bei diesen Schiedssprüchen in keiner Weise berücksichtigt worden. Die Lohnabbauphase, die seit geraumer Zeit das Unternehmertum beherrscht und von der es sich und der Mitwelt goldene Berge verspricht, hat eben nunmehr auch auf das Baugewerbe rücksichtslos übergriffen, ohne zu prüfen, ob solche rigorosen Lohnabzüge überhaupt noch für die davon betroffene Arbeiterschaft wirtschaftlich tragbar sind. So ist in keiner Weise die ungeheure Arbeitslosigkeit, die im deutschen Baugewerbe bereits seit Jahren grassiert, von keinem der Tarifamtsvorsitzenden in Rechnung gestellt worden. Wir können statistisch belegen, daß die Jahre 1929 und 1930 Rekordjahre

der Arbeitslosigkeit im Baugewerbe darstellten. Und das Jahr 1931 wird jedenfalls diese beiden Rekordjahre noch übertrumpfen. Man bedenke: Im Jahre 1929 betrug im Deutschen Bauergewerksbunde die durchschnittliche Arbeitslosigkeit aller Mitglieder noch 29,0%, im Jahre 1930 bereits 47,6%. Der seinerzeit im Jahre 1928 erreichte Arbeitslosenrekord von 27,3% ist damit weitaus übertroffen worden. Man betrachte sich aber auch einmal die statistisch festgestellte durchschnittliche Zahl der Arbeitslose in unserem Bunde. Sie betrug im Durchschnitt im Jahre 1926: 215, in den Jahren 1927 und 1928: 242, am Jahre 1929: 210, im Jahre 1930: 151. Demnach waren im vorigen Jahre rund die Hälfte aller Arbeitstage unfreiwillige Feiertage für die Bauarbeiter! Dieser völlig ungenügende Beschäftigungsgrad findet in der gesamten Industrie Deutschlands kein Gegenstück! Ohne Rücksicht auf die Entwicklung der Baukonjunktur hat sich das Beschäftigungsverhältnis unserer Mitglieder von Jahr zu Jahr verschlechtert. Die mit 20% als „Norm“ veranschlagte Mehrarbeitslosigkeit wurde im vorigen Jahre um beinahe das Doppelte überschritten! Und dabei geben diese Aufzeichnungen immer noch ein allzu „günstiges“ Bild! In den meisten Fällen sind bei den Aufzeichnungen Regenstage, Zeitverlust durch Arbeitswechsel, vorübergehende Arbeitslosigkeit bis zu 6 Tagen, Arbeitslosigkeit wegen Arbeitsuche, alles Dinge, die in der Arbeitsweise der Bauarbeiter begründet sind, nicht berücksichtigt worden! Diese zum Himmel schreienden Arbeitslosenjahre haben den Tarifamtsvorsitzenden allüberall nicht imponiert. Die Lohnabbauphase grassiert und fordert ihre Opfer, unbekümmert um die wirtschaftliche Lage der davon Betroffenen.

Nun aber auch etwas über die Stundenlöhne. Man posant ja seit Jahren in die Welt hinaus, die Bauarbeiterlöhne seien äußerst hoch, sie verteuerten die Baukosten ungemein, sie seien Schuld an den hohen Mieten, sie müßten unbedingt herabgesetzt werden. Wie steht es denn nun eigentlich mit den Löhnen im Baugewerbe aus? Machen wir einige Vergleiche. Bemerkte sei im voraus, daß das Unternehmertum, wenn es den Bauarbeiterlöhnen auf Fell rücken will, immer sehr gern den Nominalstundenlohn in Rechnung zu stellen sucht und dann anknüpfend auf die entsprechend „niedrigeren“ Löhne in anderen Industrien hinweist. Niemand denkt dabei daran, daß die auf dem Papier stehenden Tariflöhne in den meisten Industrien mehr oder weniger stark überschritten werden. Die amtliche Tariflohnstatistik führt regelmäßig zu falschen Ergebnissen, weil sie allein auf die Verfolgung der Lohnbewegung, nicht aber auf die Vornahme von Lohnvergleichen zu bestimmten Zeitpunkten von Industrie zu Industrie abgestellt ist. Dies hat man auch schon eingesehen, weshalb seit Monaten eine Reform der Tariflohnstatistik im Gange ist. Dabei werden namentlich andere Zahlen als bisher herauskommen, weil nach den amtlichen Lohnhebungen die Tariflöhne in keiner Weise mit den Effektivlöhnen identifiziert werden dürfen. Die amtlichen Lohnhebungen haben ergeben, daß beispielsweise der Tariflohn im Durchschnitt überschritten wird bei Zeitarbeit in der chemischen Industrie um 19 bis 25%, bei Akkordarbeit in ähnlicher Höhe. In der Metall verarbeitenden Industrie wird bei Zeitarbeit der Lohn der Facharbeiter um durchschnittlich 24,7%, bei Akkordarbeit um durchschnittlich 19,0% überschritten. In der Eisenindustrie kommt man bei Zeitarbeit auf eine durchschnittliche Ueberschreitung des Tariflohnes um 23,5%; bei Akkordarbeit bewegt sich die Ueberschreitung des Tariflohnes durchschnittlich zwischen 27,7 und 70,8%. In allen hier genannten Industrien ist der 50% Fall der Ueberschreitung des Tariflohnes bei Zeitarbeit sowohl als auch bei Akkordarbeit natürlich noch ganz bedeutend höher. So wird in den Walzwerken der Tariflohn im Höchstfalle um 129,9% überschritten. Wie sehen demgegenüber die Stundenlohnüberschreitungen im Baugewerbe aus? Hier beträgt die Ueberschreitung des Tariflohnes beim Maurer 11,6% (Akkordmurer), beim Hilfsarbeiter 3,1% und beim Tiefbauarbeiter 4,4%. Eine Trennung nach Zeit- und Akkordsystem ist im Baugewerbe nicht vorgenommen worden. Die Akkordsätze liegen regelmäßig über dem Zeitlohn, dadurch wird die Spanne zwischen durchschnittlichem und wirklichem Lohn bei Zeit- und Akkordarbeit künstlich überhöht.

Einen erwandfren Vergleich über die Stundenlöhne in den verschiedenen Industrien erhält man auch aus der Statistik der Berufsgenossenschaften. Hier muß

man die Ergebnisse als Effektivlohnung sämtlicher von den Versicherungspflichtigen einer Industrie im Laufe eines Jahres tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden betrachten. Nach der Statistik der Berufsgenossenschaften betragen die Löhne in der Bauindustrie in den vier Jahren 1926 bis 1929: 84,3; 88,4; 96,4 und 101,4. Damit bewegen sich diese Löhne um ein geringes Mehr über dem Durchschnitt aller wichtigen Industriezweige. Uebertroffen wird der Stundenlohn in der Bauindustrie aus dem Jahre 1929 im Bergbau, in der elektrotechnischen und in der Eisenindustrie, in den Hütten- und Walzwerken, in der chemischen Industrie und in der Lederindustrie. In diesen Industrien bewegen sich die aus der Statistik der Berufsgenossenschaften errechneten Stundenlöhne zwischen 103,0 und 122,4. Aus der Kombination der effektiven, durchschnittlichen Stundenlohnung und der effektiv geleisteten Arbeitszeit errechnet man das Jahreseinkommen des einzelnen Arbeiters. Es betrug für Bauarbeiter im Jahre 1926: 1451, M., stieg im Jahre 1928 auf 1866 M., fiel dann im Jahre 1929 auf 1704 M. und im Jahre 1930 (provisorisch errechnet) auf 1220 M. Hält man dem gegenüber das Jahreseinkommen für die gesamte männliche und weibliche Arbeiterschaft in der Konjunkturgruppe, so ergibt sich für das Jahr 1926 ein Jahreseinkommen von 1331 M., für das Jahr 1928 von 1843 M., für das Jahr 1929 von 1826 M. und für das Jahr 1930 (provisorisch errechnet) von 1630 M. Wir wollen noch ein anderes Beispiel heranziehen. Nach der gleichen Statistik hatten Bergarbeiter im Jahre 1927 ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 2174 M., es stieg in den beiden nächsten Jahren etwas und ist zu errechnen für das Jahr 1930 mit 2190 M.

Zahlen reden! Das durchschnittliche Jahreseinkommen des Bauarbeiters erreicht bei weitem nicht das durchschnittliche Einkommen der gesamten Arbeiterschaft beiderlei Geschlechts in den Jahren 1929 und 1930! Es beträgt im Vergleich mit dem des Bergarbeiters nur noch wenig mehr als die Hälfte! Und angesichts solcher amtlichen Zahlen wagen es Tarifamtsvorsitzende, trotz alledem auf Lohnabzüge im Baugewerbe zu erkennen!

Und wie steht es denn nun mit den angeblich durch die „hohen“ Bauarbeiterlöhne verfeuerten Mieten! Wie hoch ist der Anteil der Bauarbeiterlöhne an den reinen Baukosten? Er kann errechnet werden aus den tatsächlich verausgabten Lohnsummen (Berufsgenossenschaften) und dem Wert der baugewerblichen Produktion (Institut für Konjunkturforschung). Für einen beschränkten Teil der baugewerblichen Produktion unserer Bauhütten errechnet werden. Dort ist die Lohnquote seit dem Jahre 1924 zurückgegangen. Sie betrug im Jahre 1924: 36,3% und im Jahre 1929 nur noch 35,6%. Daraus ergibt sich, daß der Lohnanteil, obwohl seit 1924 die Löhne erhöht worden sind, trotz alledem zurückgegangen ist. Wir sehen dies deutlich aus einem an anderer Stelle des „Grundstein“ veröffentlichten Schaubild, das den amtlichen Baukosten- und Baustoffindex seit dem Jahre 1924 darstellt. Wenn man die Kosten für Grund und Boden, Anschlüsse, Architektenhonorare, Bauzinsen und sonstige Gebühren in Rechnung stellt, entfallen bei einem Objektwert von 10 000 M auf die reinen Baukosten 8500 M und von diesen wiederum 35%, also 2975 M, auf die Bauarbeiterlöhne. Diese Rechnung zeigt, daß der Einfluß von Lohnsenkungen auf die Gesamtkosten nur minimal sein kann. Je 1% Lohnsenkung würde eine Senkung der Gesamtkosten um 0,3% nach sich ziehen. Um die Gesamtkosten um nur 1% zu senken, wäre ein Lohnabbau von 3,33% notwendig. Ganz anders steht es mit einer etwaigen Zinssenkung. Die Hypothekenzinsen stehen heute immer noch wucherisch hoch. Würden diese Zinsen nur um 1% gesenkt, so würde sich die Wohnungsmiete sofort um 5 bis 8% erniedrigen. Wir haben es bereits 1926 erlebt: Auf dem Wege der Lohnsenkung ist eine Belebung des Baumarktes nicht zu erreichen. Die Belebung des Baumarktes ist von ganz anderen Faktoren abhängig. Der Baukostenindex ist seit 1 1/2 Jahren um 15% zurückgegangen. In der Gesamtheit betrachtet dürften sich heute die Baukosten um 20% verringert haben. Trotz solcher Kostensenkungen konnte der Baumarkt nicht belebt werden, und er würde in keiner Weise belebt, wenn die zentrale Schiedsstelle für das Baugewerbe den Wünschen der Tarifamtsvorsitzenden folgen und auf einen Lohnabbau erkennen würde, wie ihn diese Herren vorgeschlagen haben!

Wir glauben, mit unseren Darlegungen genügend begründet zu haben, daß eine Lohnsenkung im Baugewerbe nicht nur wirtschaftlicher Unsinn, sondern auch ein bitteres und schweres Unrecht an der gesamten Bauarbeiterschaft wäre. Nirgends ist die wirtschaftliche und soziale Not größer als unter den baugewerblichen Arbeitern und ihren Familien! Wir haben unseren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Behauptung, man könne durch Lohnsenkungen die deutsche Wirtschaft „ankurbeln“, bisher stets in folgerichtiger Weise vertreten. Wir gehen davon nicht ab. Man schreit über hohe unerschwingliche Mieten, senkt aber im gleichen Atemzuge allgemein die Löhne der Arbeiter. Lebte man etwa in dem Wahn, daß die Arbeiterschaft, wenn die Mieten etwas gesenkt würden, dann aus ihrem geringeren Verdienst die Mieten in den Neubauten aufbringen könnte? Selbst wenn man den Bauarbeiterlöhnen wirklich auf den Leib rückte und sich tatsächlich das Wunder daraus ergäbe, die Wohnungsmieten in Neubauten um etwas senken zu können, würde dies dann nicht wiederum aufgehoben sein durch den seit längerer Zeit grassierenden allgemeinen Lohnabbau für die gesamte Arbeiterschaft? Die wirtschaftliche Weisheit unserer Wirtschaftsgewaltigen ist zwar Methode, aber blendendster Unsinn! Oder es ist eine Taktik, ausschließlich diktiert von blindem Haß gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung!

Wir wollen unsere Betrachtungen in dieser Richtung schließen. Zu den Löhnen im deutschen Baugewerbe hat nunmehr zunächst die zentrale Schiedsstelle in Berlin das Wort!

### Arbeitsbeschaffung ist die beste Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Am 16. März sprach unser Bundesvorsitzender, Kollege Bernhard, im Plenum des Reichstags. Einleitend setzte er sich mit Fragen des Lehrlingswesens auseinander. Dem Abg. Hermann, der geäußert hatte: „Die Gewerkschaften machen die Lehrlinge zum Gegenstand eines Arbeitskampfes“, entgegnete er, daß dies allerdings der Fall sei. Wir werden dazu gezwungen, und nur deshalb geschieht das. Wie ist es beispielsweise im Baugewerbe? Die Lehrlinge werden genau so wie die Vollarbeiter rücksichtslos auf die Straße gesetzt. Junggelesen werden, kaum daß sie ihre Gesellenprüfung gemacht haben, von Baustelle zu Baustelle geschickt. Es fällt den Handwerksmeistern gar nicht ein, Lehrlinge weiter zu beschäftigen; sie betrachten sie leider immer nur noch als Ausbeutungsobjekt. Vom Baugewerksbund ist festgestellt worden, daß Lehrlinge nicht nur in den Wintermonaten, sondern auch selbst in den Sommermonaten nach Hause geschickt wurden. Der Baugewerksbund hat unter seinen Lehrlingen rund 17 000 Arbeitslose, das sind 51,3% der Lehrlinge! Arbeitslosigkeit unter Lehrlingen besteht aber nicht nur jetzt, so das Baugewerbe nicht floriert, sondern auch während der guten Baukonjunktur. Das zwingt die Gewerkschaften, sich der Lehrlinge anzunehmen. Was wir wollen, ist, daß die Handwerksmeister im Lehrling den Berufsgegenstand und künftigen Mitarbeiter, nicht aber ein Ausbeutungsobjekt sehen. Wir wollen, daß die Handwerksmeister, wenn sie schon die Arbeitskraft der Lehrlinge ausnutzen, durch Zahlung einer angemessenen Entschädigung ihm, den Eltern und Vormündern wenigstens die leibliche Sorge etwas abnehmen. Die Gewerkschaften haben das allergrößte Interesse daran, daß ein brauchbarer Nachwuchs herangebildet wird. Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit den Innungen und Handwerkskammern nicht ab. Wir lehnen es auch nicht ab, eine Lehrlingsordnung zu schaffen; aber sie muß brauchbar sein und muß die heutigen tarifvertraglichen Regelungen vollumfänglich ersetzen, sonst ist sie für uns wertlos. — Das Berufsausbildungsgebot ist notwendig, weil wir eine Lehrlingsausbildung und keine Lehrlingszüchtung wollen, und weil wir ein klares, einheitliches und fortgeschrittenes Lehrlingsrecht wünschen. Wenn Sie also für eine gute Berufsausbildung, für die Werkung und Förderung handwerklichen Könnens eintreten, und wenn Sie sich gegen das Puschertum wenden, dann haben Sie mich und jeden Gewerkschafter zum Bundesgenossen, anderenfalls aber zum Gegner.

Die Bauindustrie ist von der Wirtschaftskrise am schwersten in Mitleidenschaft gezogen worden. Schon im vergangenen Jahre betrug der Wert des Ausfalles an Bauaufträgen gewerblicher, landwirtschaftlicher und öffentlicher Art etwa 2 Milliarden Mark. Das bedeutete allein für die Bauarbeiter einen Lohnverlust von 650 bis 700 Millionen Mark. Dazu kommt die Droßelung des Wohnungsbaues. Die Arbeitslosigkeit unter den Bauarbeitern hat einen geradezu erschreckend hohen Grad erreicht. Während beispielsweise im Jahre 1929 unter Berücksichtigung und Einrechnung des harten Winters 1928/29 die durchschnittliche Arbeitslosigkeit der Mitglieder des Baugewerksbundes 29% betrug, stieg sie im Jahre 1930 auf 47,6%. Festgestellt wurde, daß im Jahre 1930 89 000 Mitglieder mehr als 39 Wochen ohne Beschäftigung waren. Davon waren rund 2000 über ein Jahr ohne Arbeit! In einzelnen Berufen, wie beispielsweise bei den Dachdeckern, Zimmerern, teilweise auch bei den Malern, war die Arbeitslosigkeit noch größer. Diese noch nie erlebte Arbeitslosigkeit hat die Gefahr der Verelendung der Bauarbeiterschaft heraufbeschworen. Ich habe bereits anlässlich einer Rundgebung im Reichswirtschaftsrat vor etwa zehn Monaten dem Reichsarbeitsminister gesagt, daß er die SOS-Rufe der Gefahr nicht überhören dürfe.

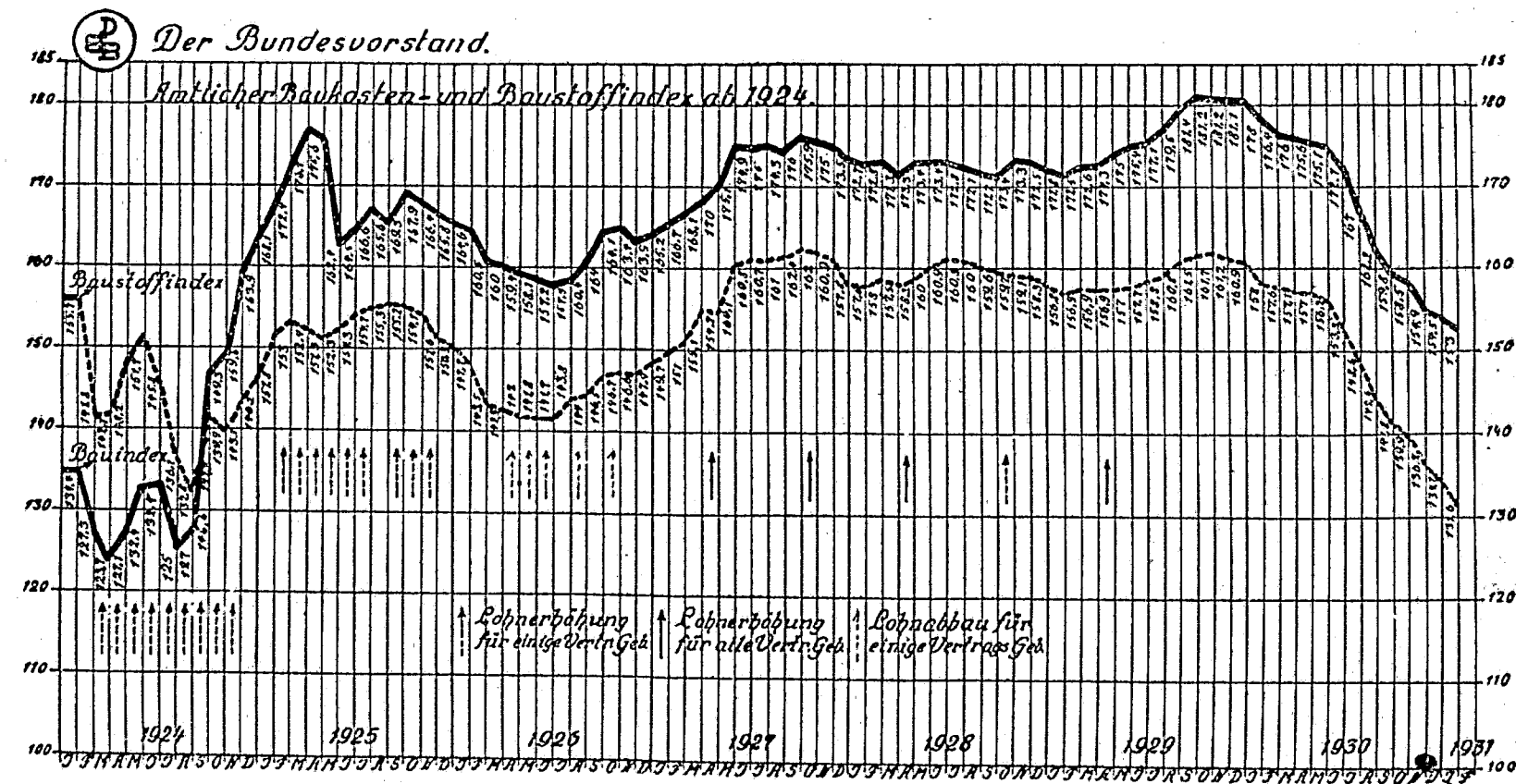
Um welche Größenverhältnisse handelt es sich in der Bauindustrie? Nimmt man zum Hoch-, Befon- und Tiefbau die Nebengewerbe, die Vorstufen des Baugewerbes, die Baustoffwirtschaft, den Transport, die Herstellung von Maschinen und Werkzeugen, den Handel usw. hinzu, dann wird man einschließlich der Familienangehörigen auf mindestens zehn Millionen Personen kommen, die von der Bauwirtschaft ernährt werden. Die Bauarbeit setzt Tausende von Industriewerkstätten in Bewegung. Ihr muß deshalb, weil eben die Bauwirtschaft eine der tragenden Säulen der deutschen Volkswirtschaft ist, größte Aufmerksamkeit gerade jetzt ge-

schenkt werden. Aufgabe der Regierung müßte es sein, mit ihren Aufträgen saison- und konjunkturausgleichend zu wirken. Nach den Schätzungen des Instituts für Konjunkturforschung wird die Bauindustrie im Jahre 1931 einen weiteren Ausfall an Aufträgen von etwa 900 bis 1200 Millionen Mark haben. Damit kämen wir gegenüber dem Jahre 1929 auf mindestens eine Milliarde Lohnausfall. Die Arbeitslosigkeit würde dann einen durchschnittlichen Grad von etwa 60% erreichen. Bei solch trüben Ausblicken muß der Reichsarbeitsminister alles tun, was in seinen Kräften steht, um Arbeit zu schaffen. Die Regierung muß sofort Notstandsmaßnahmen ergreifen — denn wir stehen am Beginn der Bauzeit — und zwar neben dem Straßenbau und neben öffentlichen Arbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden müßte ganz besonders der Wohnungsbau gefördert werden. Der Reichsarbeitsminister hat vor einigen Jahren in einem beachtenswerten Büchlein „Das nationale Bauprogramm“ folgende Sätze geschrieben: „Die Hemmnisse müssen wir überwinden, wollen wir nicht an der Wohnungsnot mit ihren furchtbaren sittlichen, moralischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen zugrunde gehen. Es muß nicht immer so bleiben, daß man in Deutschland enger und schlechter wohnt als in jedem Kulturland der Welt.“ Ich wünsche, daß sich der Minister auch heute noch zu diesem Standpunkt bekennt. — Gewiß haben wir in den letzten Jahren einen beachtlichen Zugang an Neubauwohnungen. Trotzdem aber ist die Wohnungsnot noch sehr groß. Soll die Wohnungsnot verewigt werden? Nach amtlichen und privaten Schätzungen müßten für die nächsten zehn Jahre mindestens jährlich 320 000 bis 350 000 Wohnungen gebaut werden; allein 220 000 Wohnungen, wenn die heiratenden Paare eine Wohnung erhalten sollen. Wohnungslose haben wir etwa 650 000 bis 700 000. — Wir haben bedauerlicherweise eine Reihe von überfüllten Wohnungen. Die Reichszählung von 1927 hat besonders auch überbelegte Wohnungen festgestellt. Jeder Sozialpolitiker kennt die Krankheitsherde solcher überfüllten Wohnräume, und da sage ich: Der Reichsarbeitsminister muß erkennen, daß das deutsche Volk noch viel mehr als jedes andere Volk weckwerbsfähig sein muß, wenn es seine Lasten tragen soll, und deshalb ist die Gesunderhaltung der Arbeitskraft oberstes Gebot! Sehr wesentlich ist dafür eine Wohnung, in die Luft und Sonne dringt, in der sich der Arbeiter nach des Tages Last und Mühe auch wohlfühlt. Wir müssen die Arbeiter herausbringen aus den Höfen und Kellern! Damit schafft der Staat die größten volkswirtschaftlichen Werte. — Die Realsteuerenkung war in der Hauptsache ein Geschenk an die Wirtschaftspartei. Sie hat es der Regierung schlecht gelohnt. Was man durch Droßelung der Wohnungsbautätigkeit auf der anderen Seite an Schaden erzielt, ist wahrscheinlich viel mehr und wirkt sich viel schlimmer aus als das, was man mit der Realsteuerenkung schließlich wieder gutmachen kann. Es ist keine soziale Gerechtigkeit, daß die Last der Sanierung mit den Steuerergüssen auf die Schultern eines einzigen Berufes abgewälzt wird. Was fehlt uns zum Bau von Wohnungen? Die Baustoffe lagern und ihre Urstoffe können jeden Tag in beliebiger Menge gewonnen werden. Dazu sind hunderttausende Hände bereit, anzupacken. Es soll Geld fehlen! Aber vor allem ist das Geld zu teuer, und deshalb fehlt es! Die größten Konjunkturgewinne während der Zeit des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft haben die Banken gemacht, und leider hat die Konzentration der Privatbanken der Wirtschaft keine Besserung gebracht. Man braucht nur an den Erlaß des preussischen Wohlfahrtsministers zu denken, der durchaus richtig war und den Nagel auf den Kopf traf. Daß viele Hunderte Neubauwohnungen jetzt nicht vermietet werden können, liegt nicht etwa daran, daß keine Wohnungslosens vorhanden wären, daß die Wohnungen nicht notwendig wären, sondern daran trägt der hohe Kapitalzins Schuld, nicht etwa die hohen Bauarbeiterlöhne. Bei der gegenwärtigen Höhe der Zinsen ermöglicht beispielsweise ein Abbau des Zinses um 1% eine Mietsenkung von etwa 12 bis 15%. Ich kann mich auf eine Rede des Reichsarbeitsministers vom Juli vergangenen Jahres berufen, wo er diese Berechnung selbst aufgemacht hat. Sie wird also amtlich nicht bestritten. Das Institut für Konjunkturforschung hat festgestellt, daß die Zinsbelastung einer Neubaukleinstwohnung mit einem Kostenaufwand von rund 7000 M bei der Finanzierung mit Hauszinssteuerermitteln 393 M beträgt, während sie bei der Finanzierung ohne Hauszinssteuerermittel 651 M beträgt. Ohne öffentliche Gelder gibts heute keine tragbaren Mieten. Mit Privatmitteln allein ist der Wohnungsbau nicht durchführbar.

Der Reichsarbeitsminister sagte, daß man auf Geld aus dem Ausland warfe. Es ist notwendig, daß die Regierung die Kapitalbeschaffung aus dem Ausland fördert;

denn wir bauen ja nicht nur für die lebende Generation, wir bauen für viele Jahrzehnte; der Reichsarbeitsminister sagte: für hundert Jahre. Die lebende Generation hat an sich schon Lasten genug zu tragen, um die Reparationen zu zahlen und die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen zu können. Ich befürchte, daß die Neuregelung der kommunalen Anleiheausgabe die Interessen der Gemeinden auf den Gebieten der Wohnungsfürsorge und der Wohnungspolitik hemmt. Es müßte der Versuch gemacht werden, einen Markt für nachstellende Hypotheken zu organisieren. Ob das mit Hilfe der Massenparkkraft erreichbar ist, wenn man eine gute Verzinsung in Aussicht stellt, ist eine Frage, die im Ministerium wohl der Prüfung wert ist. Jetzt könnten die Anhänger der freien Wirtschaft zeigen, was sie können. Es ist eine leichtfertige Behauptung, wenn der Hansa-Bund in seinem wirtschaftspolitischen Abw-Buch über die Wohnungswirtschaft folgenden Satz schreiben läßt: „Die nichtöffentlichen Träger des Wohnungsbaues sind durch die Konkurrenz der den Bauherrn spielenden öffentlichen Hand in der Kapitalbeschaffung beschränkt, im Umfang und damit in der Verbilligung des Bauens behindert worden.“ — Von einer Beschränkung kann gar keine Rede sein. Aber die Kapitalbesitzer haben ihr Geld ins Ausland verschoben, anstatt in Deutschland Werke zu schaffen. Die Abgeordneten Hermann und Freidel haben die freie Wirtschaft vertreten. Ich frage sie: Wo wären wir, wenn nicht der Staat in der Wohnungswirtschaft eingegriffen hätte? Der Zentralverband der Haus- und Grundbesitzer erklärt beispielsweise in einer Entschließung vom 22. November 1930, er lehne eine Verringerung des Mietrechts und des Bürgerlichen Gesetzbuches unter allen Umständen ab. Der Verband bespricht in der Entschließung den Gesetzesentwurf über Wohnheimstätten und soziales Wohn- und Mietrecht und führt dann weiter aus, der Grundbesitz müsse wieder in die Lage versetzt werden, in freier Wirtschaft die gleichen Funktionen auszuüben, die er in der Vorkriegszeit erfüllt hat. Eine freie Wohnungswirtschaft, wie sie vor dem Kriege bestand, darf niemals wiederkehren! Die Reichsgrundbesitzer für den Kleinwohnungsbau sind zu sehr auf den augenblicklichen Notstand zugeschnitten. Ich wünsche nicht, aber ich befürchte, daß die Kleinwohnungen, die jetzt mit etwa 32 Quadratmeter gebaut werden, auf die Dauer nicht vermietet werden können und vielleicht frühzeitig dem Abbruch verfallen. Man soll nicht alle Bequemlichkeiten und alle Einrichtungen aus den Wohnungen verbannen; das geschieht aber zum Teil durch diese Reichsgrundbesitzer. Ich bin durchaus damit einverstanden, daß eine Verbilligung des Bauens erstrebt wird; denn wenn dadurch mehr gebaut wird, wird sich niemand mehr freuen als der Bauarbeiter. Es ist seit einem Jahre bereits eine Senkung der Baukosten um etwa 20 Punkte eingetreten. Mehr gebaut werden ist aber nicht, im Gegenteil noch weniger. Das A und O des gesamten Wohnungsbaues ist die Finanzierungsfrage. Die Bauweisen sind heute doch ganz anders als früher. Auch die qualitative Ausstattung ist anders. Man kann deshalb den Baukostenindex des Jahres 1914 nicht ohne weiteres mit dem Baukostenindex des Jahres 1931 vergleichen. Daß das ganz falsch ist, hat jetzt übrigens auch das Statistische Reichsamt eingesehen, indem es versucht, den Baukostenindex neu zu berechnen.

Die Bauunternehmer setzen in diesen Tagen große Hoffnungen auf den Reichsarbeitsminister. Herr Freidel hat sich zum Sprecher der Bauunternehmer gemacht und den Reichsarbeitsminister gebeten, das, was in den übrigen Berufen in der Frage des Lohnes geschehen sei, nicht in demselben Maße auch für die Bauarbeiter gelten zu lassen. Er meinte, die Bauarbeiterlöhne würden einen größeren Abbau ertragen können. Nun, die Bauunternehmer schlagen mit ihren Abauforderungen jeden bisher dagewesenen Rekord. Sie sind wahrscheinlich der Meinung, daß es nicht nur eine oder zwei Lohnabbauwellen geben dürfe, sondern daß noch eine dritte und eine vierte folgen müsse. Um nun dabei nicht zu kurz zu kommen, nehmen sie alle Abbauwellen, auch die dritte und vierte, zusammen. Die geringste Lohnabbauauforderung in einem Bezirk beträgt 16,7% (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten) und geht hinauf auf 25, 30, 35, ja bis auf 42% (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bauunternehmer fordern einen Lohnabbau, der, in absoluten Zahlen ausgedrückt, bis zu 51 1/2 je Stunde beträgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine geradezu wahn sinnige Wirtschaftspolitik! Die Wähler des Herrn Hermann werden wenig Freude daran haben. Sie werden aus ihrem geringer werdenden Einkommen bald erkennen, daß sie mit der Arbeiterschaft aufs engste verbunden sind. Ich darf da an das Jahr 1926 erinnern, als man ebenfalls die Löhne der Bauarbeiter kürzte. Über 200 000 Bauarbeitern ist der Lohn ab-



gebaut worden, weil die Unternehmer versprochen, nach dem Abbau werde bestimmt mehr gebaut werden. Man holte sich in das damalige zentrale Schiedsgericht Herren aus Westfalen, die von der Industrie geschickt wurden, und erzählte den Unparteilichen, in dem Augenblick, wo der Abbau beschlossen sei, werde die Stimmung umschlagen, und schon dies werde neue Bauaufträge hereinbringen. Wir haben leider festgestellt müssen, daß gerade in den Bezirken, wo die Löhne der Bauarbeiter gekürzt wurden, die Konjunktur immer schlechter geworden ist; in den Bezirken aber, wo der Lohn gleichbleibend anstieg. Es kann keine Rede davon sein, daß die Wirtschaft durch Abbau der Löhne angekurbt werden könne. Bei Prüfung dieser Frage muß man auch den Jahresverdienst in Betracht ziehen; man darf nicht nur auf die Stundenlöhne sehen. Die Bauarbeiter haben soviel Verluste durch Witterungswechsel, durch Wechsel der Arbeitsstelle — sie sind eigentlich nur Wanderarbeiter, eine Art Gelegenheitsarbeiter —, daß sie kaum auf 1600 bis 1700 Stunden im Jahre rechnen können. Nach den Berechnungen aus den Jahreslohnsammlungen der Berufsgenossenschaft in den letzten Jahren kommt man für 1930 auf etwa 1208 Stunden mit einem durchschnittlichen Jahresverdienst von 1334 M. Man muß also wohl oder übel einen anderen Maßstab anlegen als der Abgeordnete Freidel. Herr Freidel hat die amtliche Lohnerhebung angezogen, hat aber den Fehler begangen, alle dort erfaßten Lohngebiete durcheinanderzumerfen. Man kann unmöglich den Berliner oder Hamburger Lohn mit dem eines schlesischen oder pommerschen Städtchens zusammenwerfen und aus Duzenden von Orten der untersten Lohnklasse und solchen der höchsten Lohnklasse Durchschnittslöhne herausrechnen, von denen man dann sagen könnte: das ist der Bauarbeiterlohn. So kann man nicht verfahren! Man muß jedes Lohngebiet für sich sehen. Wir haben im Baugewerbe 250 Lohngebiete. Wenn davon 50 Lohngebiete Stundenlöhne unter 1 M aufweisen, dann kann man nicht zu einem Durchschnittslohn kommen, wie Herr Freidel ihn an Hand der amtlichen Statistik errechnet, und wie er leider auch in den Arbeiten des Statistischen Reichsamts immer noch eingeseht wird.

Der Wohnungsbau muß mehr gefördert werden. Die Städte sind in schwere Notlage geraten, weil die Wohlfahrtslasten immer weiter in die Höhe schnellen. In Chemnitz sind 1929 insgesamt 2000 Wohnungen gebaut worden. Im Jahre 1931 rechnet man mit nur 300 Wohnungen! Der Oberbürgermeister von Köln erklärte, diese Zustände würden katastrophal, wenn nicht noch der Wohnungsbau stärker angekurbt wird. Wenn das geschehen soll, dann muß der Reichsarbeitsminister dafür sorgen, daß die Elemente der Baukosten richtig gesehen werden, und vor allem die Preisgestaltung der Baustoffe beachtet wird. Gerade an diesen Baustoffpreisen liegt es, daß Wohnungsbauten ebenso wie die übrigen Bauten so teuer werden. In einem Schaubild — das ich auf den Tisch des Hauses niederlegen werde — sind die amtlichen Ziffern über Baukosten- und Baustoffpreise ausgezeichnet. Sie werden finden, daß der Baukostenindex ganz parallel läuft mit dem Baustoffindex. Das ist der beste Beweis dafür, daß die Baustoffpreise die Baukosten sehr wesentlich beeinflussen.

Wenn der Reichsarbeitsminister im Baugewerbe Arbeit schafft, kann er damit verhindern, daß Hunderttausende im Elend verfallen. Damit leistet er gute staatspolitische, wirtschaftliche und soziale Arbeit! (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Verabschiedung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.**

Von den zahlreichen Anträgen und Entschlüssen wurden u. a. angenommen: Die Entschliessung der sozialdemokratischen Fraktion, „die Reichsregierung zu ersuchen, für den Wohnungsbau im Jahre 1931 öffentliche Mittel, mindestens in dem Umfang wie 1930, bereitzustellen.“ Ferner ein Antrag, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs verlangt gegen Doppelverdiener und Schwarzarbeit unter den Beamten; sozialdemokratische Gesetzentwürfe über Entschädigung von Angestellten und Arbeitern bei Betriebsübergang oder Betriebsauslöschung, über eine Änderung des BGB. (§ 615), über Änderung des Betriebsrätegesetzes, über Änderung der Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 betreffend die Unabdingbarkeit der Tarifverträge und eines Gesetzes über Änderung der Fristen für die Kündigung von Angestellten wurde, wie eine Reihe anderer Anträge, insbesondere auch zur Wohnungsfrage, den zuständigen Ausschüssen des Reichstags überwiesen. — Angenommen wurde auch ein Antrag, der die Reichsregierung ersucht, den Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes beschleunigt wieder vorzulegen.

Abgelehnt wurde ein Antrag der Wirtschaftspartei, wonach bei Durchführung künftiger Wohnungsbauprogramme nicht mehr die Reichsforschungsgesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen mit Forschungsaufgaben auf dem Gebiet der Projektierung von Wohnungen betraut werden solle, sondern die Ausführung der Bauprogramme den in verschiedenen Architekteneverbänden des Deutschen Reiches zusammengeschlossenen Architekten zu übertragen. — Abgelehnt wurde auch ein zweiter Antrag der Wirtschaftspartei, nach dem die Reichsregierung ersucht werden soll, auf die Länderregierung einzuwirken, daß bei Verteilung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau im Jahre 1931 vor allem das private Baugewerbe berücksichtigt wird. Es wurde auch abgelehnt, diesen Antrag dem Wohnungsausschuß zu überweisen. Damit hat auch er seine verdiente Erledigung gefunden. — Abgelehnt wurde auch der Antrag der Deutschen Volkspartei zur Arbeitslosenversicherung, in dem von der Reichsregierung der Entwurf eines Gesetzes verlangt werden sollte: „Für das Baugewerbe bei der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine besondere Abteilung mit eigener Verwaltung zu bilden. Diese Abteilung muß mindestens die Last der berufstätlichen Arbeitslosigkeit allein tragen. Die Arbeitslosigkeit muß so gestaltet werden, daß sie mit einem im Gesetz vorgesehenen Höchstbetrag nicht über 5% unter allen Umständen auskommt. Für das Baugewerbe können Sondervorschriften erlassen werden. Demnach fallen alle Sonderzuschüsse fort.“ Daß nicht nur die Volkspartei, sondern auch die Wirtschaftspartei und andere kleine Gruppen für diesen Antrag stimmten, wird für die Bauarbeiter keine besondere Neugierigkeit sein.

**Hermann Müller.**

In den späten Abendstunden des 20. März ist Genosse Hermann Müller (Franken) nach wiederholter, diesmal zwar kurzer aber sehr schwerer Erkrankung an einem Gallenleiden, wozu in den letzten Tagen eine Lungenentzündung trat, durch Tod für immer von der politischen Bühne abberufen worden.

Die Abberufung fällt in eine Zeit schwerster politischer Kämpfe um die Erhaltung der Demokratie, zur Niederrückung der drohenden faschistischen Gefahren. In einer Zeit, wo Revolver und Bruchialgewalt sehr beliebt, beinahe anerkannte politische Kampfmittel der Faschisten und Kommunisten sind, ist wiederum ein Kämpfer von uns gegangen, der mit geistigen Waffen zu kämpfen und zu überzeugen verstand. Mit anderen wäre Hermann Müller berufen, das deutsche Volk von der Bahn des Kampfes mit ungeistigen Mitteln, an dessen Ende Untergang der Republik und Demokratie steht, zurückzuführen auf den Weg, der allein wirklichen Erfolg verbürgt, weil des Volkes Stärke in der Demokratie liegt. Wieder hat der schwere politische Kampf einen aufrechten Kämpfer dahingerafft. Das gleiche Leiden, das Friedrich Ebert den frühen Tod brachte; das gleiche Leiden, dessen vernichtende Wirkungen durch den nervengermärenden, organenaufreißenden politischen Kampf unheilvoll gesteigert und beschleunigt wird, hat der deutschen Sozialdemokratie ihren Führer und der deutschen Arbeiterschaft einen treuen Freund genommen.

Hermann Müller wurde am 18. Mai 1876 in Mannheim geboren. Er ist also knapp 55 Jahre alt geworden. Von der Volksschule kam er aufs Gymnasium, danach in die kaufmännische Lehre und wurde Handlungsgehilfe. Mit achtzehn Jahren sprach er seine politischen Begierden aus, „Reisenden in Klostern“ und glaubte damit das politische Wirken Hermann Müllers und der Sozialdemokratie herabsetzen zu können. Hermann Müller diente in der Partei „von der Pike“ auf. Schon in ganz jungen Jahren schloß er sich ihr an. Mit 23 Jahren ist er bereits Redakteur und 10 Jahre später, knapp über die Dreißig hinaus, gehört er dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands an, wo er im Kreise der Weber und Singer der Jüngste war. Von 1918 an stand er in vorderster Linie des politischen Kampfes. Er wird Mitglied des Volksrates und des Zentralrates der Deutschen Republik, 1919 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion. Schon 1916 bis 1918 gehört er dem Reichstag an; und von der Nationalversammlung an steht er in vorderster Linie des politischen Kampfes. Er ist der von den Nationalisten verfolgte „Erfüllungskanzler“. Erfüllungspolitik, das bedeutete nichts anderes als die Befolgung einer Politik, die zum Ziel hat, Deutschland wieder in die Reihe der Völkerbundmächte zu bringen, Erfüllungspolitik, das ist internationale Verständigungs- und Ausöhnungspolitik mit dem Ziel: Sicherung des Völkerfriedens. Von der Wichtigkeit dieser politischen Linie überzeugt, beugt sich Hermann Müller 1919 der politischen Notwendigkeit und dem außenpolitischen Zwang, geht als Außenminister der jungen deutschen Republik nach Versailles und unterzeichnet das Friedensdekret des Kaiserlichen Clemenceau, der in dieser Stunde die seit 1871 herbeigesehnte Genugtuung genießt. 1920 übernahm Hermann Müller zum ersten Male die Kanzlerschaft. Zum zweiten Male übernahm er sie im sogenannten Kabinett der Köpfe 1928 und steuert energisch auf die Befreiung der Rheinlande und Revision des Dawes-Plans zu, Forderungen, die er in einer großen, in der politischen Welt weithin gehörten Rede vor dem Völkerbund begründet. Das Ziel wurde erreicht, das Rheinland nach Rassistizierung des Young-Plans, der gegenüber dem vorher geltenden Dawes-Plan eine große Erleichterung auch im Zahlungsplan brachte, geräumt. Aber in der Politik sind für die Vertreter der Arbeiterschaft keine Lorbeeren zu ernten. Die außenpolitische Ernüchterung der diesmaligen Ausfahrt Hermann Müllers bringen wiederum andere in die Scheuern. Infolge Anwachsens der sozialpolitischen Reaktion brach das zweite Kabinett Hermann Müllers durch Austritt der Sozialdemokraten aus der Reichsregierung zusammen und die Gegner des Young-Plans feierten mit großem „nationalen“ Tamtam die Befreiung der Rheinlande. Aus dem Erfüllungskanzler war der Befreiungskanzler geworden, der aber stand im Hintergrund, war zurückgetreten in die Fraktion und damit in die Reihen der Parteimitglieder. Hermann Müller war bis zur letzten Stunde seines Wirkens ein stiller und fleißiger Arbeiter im Weinberg des Herrn. Aber die verheerende Krankheit hatte schon allzusehr Besitz von seinem Körper und von seinen Kräften ergriffen. Wer ihn in den letzten Wochen sah, bevor ihn wieder das Leiden auf das Krankenlager zwang, der sah auch, daß er litt; daß er ein kranker Mann war. Allgäblicher Tod hatte zwar kein leichtes Spiel, der mächtige Körper wehrte sich in stundenlangem Todeskampf. Aber er schaffte es nicht mehr...

Nun ist wiederum ein guter Mensch, ein braver Kämpfer von uns gegangen. Mehr als dreißig Jahre hat er dem deutschen und auch dem internationalen werktätigen Volk gedient. Seine Sache, die auch die unsrige ist, wird leben! Und wenn er auch kein aktiver Gewerkschafter war, so stand er nichtsdestoweniger doch im Dienste der Gewerkschaften. Hat er doch an hervorragender Stelle gehalten, die staatsrechtliche Grundlage zu schaffen, in der Verfassung von Weimar und in den anderen Gesetzen, die uns für unsere wirtschaftlichen Kämpfe einen weit besseren Boden geben als im wilhelminischen Deutschland. Die Unterschiede eines von Hermann Müller geführten Kabinetts gegenüber einem bürgerlichen sind niemals deutlicher gewesen als gerade in unseren Tagen. Unter Hermann Müller gab es keinen amtlichen Lohnabbau und sein Kabinett hat den Ansturm auf diese Interessen des arbeitenden Volkes zurückgeschlagen. Als 1918 die Schwerindustriellen im Ruhrgebiet die Arbeiter im sogenannten Eisenkampf hart bedrängten, da war es das Kabinett Hermann Müller, das dem Abwehrkampf der Arbeiterschaft mit 20 Millionen Mark beisprang. Und also war auch Hermann Müller ein Gewerkschaftskämpfer. In seinem Sinne handeln heißt: In der heutigen, mehr als sonst die Werkstätten und die Republikaner hart bedrängenden Zeit zu Partei und Gewerkschaften, zu Republik und Demokratie stehen! Nur so wird das deutsche Volk mit dem geringsten Schaden die Krise überleben. Und es wird das Werk, an dem Hermann Müller mitgewirkt und geschafft hat, fortsetzen und vollenden können.

**Zusammenarbeit zwischen Baupolizei und Betriebsvertretung in Preußen.**

Wiederholt ist von den Gewerkschaften darauf hingewiesen worden, daß eine wirkliche erfolgreiche Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren nicht ohne die Mitarbeit der Arbeiter erreicht werden kann. Diese Mitarbeit ist aber bedauerlicherweise einem großen Teil der Polizeiorgane nicht erwünscht, wenigstens wird sie nicht gesucht. Immer und immer wieder müssen wir die Klagen unserer Kollegen vernehmen, die gern wichtige, aus der Praxis ihrer Arbeit entspringende Vorschläge im Interesse des Bauarbeiterschutzes gemacht hätten, es aber nicht tun konnten, weil man ihre Mitarbeit ablehnte. Erfreulicherweise gibt es auch sehr viel Baupolizeibehörden, besonders solche, die Kontrolleure aus Arbeiterkreisen angestellt haben, die sehr viel Wert auf die Mitarbeit der Betriebsräte legen. — Der preussische Minister für Volkswohlfahrt hat nunmehr in einem Rundschreiben vom 26. Februar 1931 alle Baupolizeibeamte, die Baukontrollen ausführen, verpflichtet, bei ihren Kontrollen auch die Betriebsvertretungen hinzuzuziehen. Wenn nun unsere Kollegen, besonders aber die Baudelegierten, die Kontrollbeamten mit Rat und Tat unterstützen, dann werden auch die Erfolge nicht ausbleiben.

Der Erlaß — Aktz. II 2502/20.1 — ist gerichtet an sämtliche Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten in Berlin, den Verbandspräsidenten in Essen, die Landräte und Polizeiverwaltungen der Stadtkreise, und hat folgenden Wortlaut:

Betrifft: Arbeiterschutz auf Bauten.  
In meinem Erlaß vom 7. Juli 1926 — II 9 Nr. 259 II — ist darauf hingewiesen, daß die Baupolizeibeamten bei den Revisionen zweckmäßig auch von sich aus mit den Betriebsvertretungen der Bauarbeiter, zumal in größeren Betrieben, Fühlung nehmen sollen, damit auch diese zur Bekämpfung der Gesundheits- und Unfallgefahren beitragen können. — Um ein engeres Zusammenarbeiten der Baupolizei und der gewerkschaftlichen Betriebsvertretung zu erreichen, ersuche ich, die Baupolizeibeamten anzuweisen, bei ihren Revisionen grundsätzlich auch die Betriebsvertretungen (Bau- und Platzdelegierte bzw. Delegiertenausschüsse), soweit solche vorhanden sind, heranzuziehen. Es wird im allgemeinen genügen, den Obmann der Betriebsvertretung (Bau- oder Platzdelegierten), der nach dem Reichstarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten angewiesen ist, die Baupolizeibeamten durch Anregung, Beratung und Auskunft zu unterstützen, an den Besichtigungen und Besprechungen zu beteiligen. Ich verweise noch auf den Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 23. April 1930 — IIIc 3373 Tr., nach welchem zur wirksamen Durchführung des Arbeiterschutzes eine gleiche Anordnung für die Gewerbeaufsichtsbeamten getroffen worden ist.

**Baudelegierte müssen gewählt werden!**

Mit dem Ablauf des Tarifvertrages für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten am 31. März entfällt auch die zur Zeit noch geltende tarifvertragliche Grundlage für die Betriebsvertretung im Baugewerbe (Baudelegierte). Wenn keine tarifvertragliche Vereinbarung über die Betriebsvertretung besteht, müssen die Baudelegierten entsprechend den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes gewählt werden. Um diese Schwierigkeiten zu vermeiden, haben die Tarifvertragsparteien am 18. März eine Vereinbarung über die Verlängerung des § 8 RTV. (Betriebsvertretung der Arbeiter entsprechend § 62 BAO.) geschlossen und beim Reichsarbeitsminister beantragt, die Vereinbarung nach § 2 der Tarifvertragsordnung für allgemeinverbindlich zu erklären. — Der Antrag ist dem Reichsarbeitsminister bereits zugegangen und auch im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht worden. Da es aber immerhin möglich ist, daß die Allgemeinverbindlichkeit des Reichsarbeitsministers erst nach dem 31. März ausgesprochen wird, würde den bisherigen Betriebsvertretungen (Baudelegierten) nach dem 31. März der Reichsboden entzogen sein. Um das zu verhindern, fordern wir auf, auf den Baustellen unverzüglich Betriebsvertretungen zu wählen, damit nicht bei Einspruchsklagen usw. unsere Kollegen ihrer Rechte verlustig gehen, weil keine gewerkschaftliche Betriebsvertretung vorhanden ist. Also Baudelegierte müssen jetzt bis zum Auspruch der Allgemeinverbindlichkeit gewählt werden.

**Von der Nazipresse.**

Kürzlich hatte ich Gelegenheit, im „Völkischen Beobachter“ zu lesen. Meine Frau fand das Blatt im Briefkasten. Ich konnte durch diesen Zufall die „große“ Rede lesen, die Adolf Hitler einst im Hofbräuhaus zu München gehalten hat. Mir fiel der ganze Wölsinn dieser Aufmachung sofort auf, vor allem die Inhaftigkeit dieser Rede. Nur ein verbohrtter Nazi kann so etwas für geeignet erachten, als Werbematerial zu dienen. Einem unbefangenen Leser aber werden die Augen geöffnet ob des Unsinns dieser ganzen Bewegung. Hier sucht der „große“ Adolf statt mit Gründen wie eine aufpolierte Figur zu reden, „wie der Jud“ mit die Hand“. Damit findet er selbstverständlich bei seinem geistig anspruchslosen Anhang Beifall.

Auch zu dem übrigen Inhalt dieses Blattes kann man nur sagen: Phrasen, Wortgeklingel, süßlich angehauchte Schwulstigkeiten. Man wundert sich, daß diese Revolverpresse so etwas überhaupt veröffentlicht. Sie muß doch ihre Leser als fürchterlich dumm einschätzen. Man liest da süßliches Gesebel über den „blaffen, blonden deutschen Knaben mit den blühenden Augen“, der natürlich zum Schluß den Gegner spielend in den Sack steckt. Manche „frumbe“ Siegelnde oder Kriemhilde dürfte bei solcher Lektüre in verzücktes Wonnebeben geraten. Was soll bloß ein solches gekünsteltes und unnatürliches Geseire! Kann denn der Deutsche nie aufhören, sich lächerlich zu machen? Was heißt denn überhaupt Nation? Kann denn irgendein Mensch dafür, daß er Deutscher, Franzose, Däne oder Russe ist? Ein Volk, das immer glaubt, seine „Eigennart“ betonen zu müssen, ist entweder einseitig oder übergeschwapp. Beides finden wir in der Nazipartei verkörpert. Diese nationalsozialistische Einfalt wird von einer Skrupellosigkeit übertroffen, die man sonst nur bei Kindern trifft.

Gurt Weiz.

### Ergebnisse der Industriellenreise nach Rußland.

Sollte man sonst Arbeiterdelegationen nach Rußland, so hat man es diesmal mit Industriellen versucht. Zweck der Reise sollte sein, den Industriemännern Deutschlands die russische Entwicklung zu zeigen und neue Geschäfte zwischen der deutschen Industrie und den Russen vorzubereiten. Wie die deutschen Industriellen in Rußland aufgenommen wurden, lehrt ein Bericht der „Vossischen Zeitung“ Nr. 119. Dort heißt es: „Die deutsche Industrie-Delegation wurde in Rußland mit besonderer Zuwendung behandelt. Selbstverständlich wurden ihnen die besten Zimmer der besten Hotels reserviert, eine besondere Küche wurde für sie eingerichtet, für ihre Fahrten nach Moskau, Leningrad und Charkow standen ihnen dauernd Privatautomobile zur Verfügung. An der russisch-polnischen Grenze erwarteten sie drei ganz neue, sehr komfortabel eingerichtete Salonwagen, die für alle Fahrten durch Rußland bestimmt waren. Der Leiter des obersten Wirtschaftsrates gab den Industriellen ein festliches Bankett. Es wurde jedenfalls nichts unterlassen, den Gästen zu beweisen, wie sehr man sie zu ehren wünsche.“ — Derartig dürfte eine Arbeiterdelegation in dem angeblichen Arbeiterstaat Rußland nicht empfangen werden.

Ueber die geschäftlichen Ergebnisse wird gemeldet, daß mit den Deutschen über zukünftige Lieferungen von Industriewaren weitgehende Verhandlungen gepflegt wurden. Die Russen sollen sich verpflichtet haben, die Einfuhr deutscher Industriewaren wertmäßig um rund 300 Millionen Mark zu vermehren. In welcher Form diese Aufträge zur Ausführung gelangen, steht noch nicht fest. Neben diesen Aufträgen schweben Verhandlungen über den Verkauf von Lokomotiven und Waggons aus den Beständen der Reichsbahn. Es handelt sich um 500 Lokomotiven und um 5000 Waggons. Für die Lieferungen nach Rußland sollen langfristige Zahlungen vereinbart sein. Das Reich soll seine Anstaltsgarantie über die bisher festgesetzten 300 Millionen Mark erweitern. Des ferneren soll auch noch privates Bankkapital zur Finanzierung der Rußlandaufträge herangezogen werden. Die Eindrücke, die die Industriellen von Rußland mitgebracht haben, lauten sehr verschieden.

Manche Teilnehmer äußern sich sehr begeistert über das Gesehene, während andere in die Durchführung des Fünfjahresplanes starke Zweifel setzen. Allgemein wird das Unorganische in dem bisherigen Aufbau der russischen Produktionswirtschaft hervorgehoben. Wirtschaftlich betrachtet können uns zusätzliche Aufträge aus Rußland nur willkommen sein. Die Arbeitslosigkeit könnte dadurch entlastet werden. Wenn man die heutige Geschäftsverbindung mit Rußland in Betracht zieht, so darf nicht vergessen werden, daß Deutschland schon immer zu den ersten Lieferanten Rußlands gehörte. In der Vorkriegszeit war die Einfuhr deutscher Industriewaren nach Rußland höher als jetzt. Inwiefern die geplante Geschäftsbelebung zwischen Deutschland und Rußland zur Lastsache wird, muß die Zukunft ergeben.

### Lohnabbau — Deutsch-russische „Beziehungen“.

Inzwischen hat, wie die Tagespresse meldet, das Stahlwerk Hennigsdorf bei Berlin einen größeren russischen Auftrag erhalten. Am schwarzen Brett teilte aber die Firma der Belegschaft mit, daß für diesen Auftrag die Akkordpreise je nach der Arbeit um 15 bis 50% abgebaut werden. Als Begründung gibt sie an, die Russen hätten die Preise zu stark gedrückt. Das ist aber nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß der Lohnabbauansatz die Unterschritten nicht nur der Firmenleitung, sondern auch des kommunistischen Arbeiterratsvorsitzenden trägt. So gesehen sind die russischen Staatsaufträge nichts anderes als eine traurige Exportware, die Sowjetrußland nach dem übrigen Europa ausführt. Wenn die kommunistische Presse gepreizt erzählt, daß dank des russischen Staatsauftrages hunderttausend, ja hundertfünfzigtausend deutsche Arbeiter wieder Beschäftigung erhalten würden, so hat man bisher von Neueinstellungen nichts gehört, sondern nur von Lohnabbau. Die russischen Staatsaufträge müssen nun dazu herhalten, die Löhne für die deutsche Arbeiterschaft noch mehr herabzudrücken. Daß ein Parteikommunist einen solchen Anschlag mit unterschreibt, zeigt, daß die deutschen Industriellen von ihrem Besuch in Sowjetrußland auch die Methoden der russischen Lohnpolitik erfolgreich studiert haben.

undurchlässig, frostbeständig und unempfindlich gegen Einwirkung von Säuren, Dämpfen, Gasen usw. — Neben der Baukeramik war auch die Natursteinindustrie auf der Messe glänzend vertreten. Zahlreiche Granit-, Syenit-, Marmor-, Onyx-, Serpentin- und Kalkwerke hatten hervorragende Erzeugnisse dieses Fachgebietes aufgestellt, wobei neben dem Hochbau auch der Straßenbau in eingehender Weise Berücksichtigung fand. Hervorragendes Material für Koppstein-, Klein- und Mosaikpflaster zeigten namentlich die Königsbrücker Granitwerke G. m. b. H., Königsbrück i. Sa., und die Sächsischen Granitwerke Friedrich Rietzsch, Häslich.

Einen sehr breiten Raum auf der Messe nahmen die Isoliermittel ein. Neben den zahlreichen bekannten Baustoffen zur Isolierung gegen Wärme, Kälte und Feuchtigkeit wurden vielfach Isolierstoffe gegen Schall und Erschütterung gezeigt und ihre Anwendung erläutert. Die Sicherung gegen Schall und die Schalldämpfung hat sowohl im Hoch- als auch im Straßenbau eine große praktische Bedeutung gewonnen. Lärmbekämpfung ist eine der wichtigsten hygienischen Tagesfragen. Besonders erwähnenswert sind die Isoliermittel und Akustikplatten der Deutschen Celosol-Vertrieb G. m. b. H., Potsdam, des Inzulite-Generalkontrollvertriebs J. F. Müller u. Sohn A.-G., Hamburg, der Emil Jörn A.-G., Berlin-Heinersdorf, und der Firma Weiß u. Co., Leipzig. Die beiden letztgenannten Firmen sind Spezialfirmen für schalltechnische Anlagen.

Die Technische Zentrale des deutschen Ofensehgerwerbes, München, veranstaltete die Kachelofen-Heizungszimmerheizung. Der Vorgang der Raumheizung ist ungefähr der gleiche wie bei jeder Zentralwarmwasserheizung: die Raumluft wird an Heizflächen von nicht allzu hohen Temperaturen entlang geführt, erwärmt sich dort und gibt ihre Wärme an die Wände des zu beheizenden Raumes ab. Neue Kachelofenheizungen für Klein- und Kleinstwohnungen, nach dem neuesten Stande der Feuerungs- und Heizungstechnik konstruiert, wurden vom Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensehgerwerbes Deutschlands e. V., München, erläutert, ebenso die wirtschaftliche Erwärmung der Mittel- und Großwohnungen durch Kachelöfen mit Tages- und Dauerbrand dargelegt. Neue Kachelherde bieten die Möglichkeit der gleichzeitigen Warmwasserbereitung für Küche, Bad usw. Die Kachelherde Carlshütte, Rendsburg, zeigte auch eisernen Zimmeröfen, die gleichzeitig zur Warmwasserheizung dienen. Ein ausgefallener Kesselofen für Gasheizung dient zugleich zur Waschwasserbereitung.

In hervorragender Weise hatte wieder die Aktiengesellschaft der Spiegelmanufaktur und chemischen Fabrik von St. Gobain, Glaswerke Stolberg (Rhd.) ausgestellt, die einen eigenen, im wesentlichen aus Glasbeton und Spiegelglas errichteten Pavillon in der Baumeschalle 19 besitzt. Auf die sehr reizvoll behandelten Spiegelglaswände des Pavillons und die für die Herstellung des Gemäldebildes, sowie einzelner Wandteile verwendeten runden, napfförmigen Glaskörper dieses schönen Pavillons, die unter der Bezeichnung „Kofalit“ bekannt geworden sind, ist schon früher an dieser Stelle hingewiesen worden. Es waren aber noch eine ganze Reihe weiterer, sehr reizvoller Erzeugnisse für die Glasbaukunst zu sehen. Die Glasbetonsteine „Marimalth“ sind aus dem sogenannten Sunfir-Glas hergestellt, dem höchste Lichtdurchlässigkeit, Widerstandsfähigkeit und Wetterbeständigkeit nachgerühmt werden. Es sind dies plattenförmige, quadratische, an Rändern und Ecken abgerundete Körper von 42 bis 43 Millimeter Stärke und 150 oder 200 Millimeter Seitenlänge mit wechselvoll behandelte, schimmernde Oberfläche. — Eine sehr hervorragende Rolle spielt heute in der Bautechnik das Drahtglas, und namentlich das feuerbeständige Drahtspiegelglas, wie es u. a. von der schlesischen Spiegelglas-Manufaktur Carl Tielisch G. m. b. H., Altwasser, in hervorragender Ausführung auf der Messe gezeigt wird. Besonders beachtenswert ist auch das neue Parit-Glas der Firma, das in großen Wandbekleidungsplatten in den Standard-Farben Schwarz, Weiß, Eisenblei, Perlgrau, Onyxgrün, Laubblau und Violett zur Schau gebracht wurde. Die Platten weisen, je nach Stärke, bei einer Breite von 90 bis 102 Zentimeter eine Längenausdehnung bis zu 280 Zentimeter auf. Die Stärken schwanken zwischen 5 und 11 Millimeter. Dies reizvolle, in allen Teilen sehr gleichmäßige, fast porzellanartig wirkende Material findet für Schilder, für die Außenbekleidung von Fronten, ferner für Verkaufsräume, Lager- und Kühlräume, Laboratorien, Bäder, Operations- und Krankensäle, für sanitäre Anlagen, kurz überall da Verwendung, wo zugleich auf große Sauberkeit und Schönheit der Ausfaltung Wert gelegt wird.

Auf dem Freigelände waren wieder zahlreiche Maschinen und Förderanlagen für Tief-, Hoch- und Straßenbau ausgestellt. Die Tätigkeit der Maschinen auf der Baustelle gewinnt immer mehr Bedeutung; bei größeren Bauausführungen vermag sie die Höhe der Baukosten zu verringern, sofern die Wahl der Maschinen von vornherein gründlich überlegt und dem Umfang und Wesen der Baustelle angepaßt wird. Die meisten der ausgestellten Maschinen betrafen diesmal den Tief- und Straßenbau, doch wurden auch eine Reihe leistungsfähiger Maschinen für den Hochbau vorgeführt. Eine neue, von Schmidt, Kranz u. Co., Nordhausen, gezeigte Anlage zum Ausschub von Baugruben arbeitet nach dem Prinzip des Schrapers. Schrapermaschine und Schurre sind zu einer Maschine vereinigt, die angetrieben wird durch einen Elektromotor oder durch einen Benzolmotor von 8 PS. Die Leistung beträgt bei einem mittleren Schrapernweg von 25 Meter etwa 12 Kubikmeter in der Stunde; das gewonnene Gut wird selbsttätig in die zum Abtransport bestimmten Wagen abgeworfen. An der Ausgaböffnung kann ein Schüttelblech angebracht werden, um beispielsweise gewonnenen Kies zu sortieren. — Betonmischer wurden in den verschiedensten Größen gezeigt, u. a. auch Mischer für kleine Baustellen mit 100 bis 150 Litern Trommelinhalt. Derartige Kleinmischer wurden beispielsweise von der Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke A.-G., Sonthofen, von Leo Roth, Berlin, der Dr. Gaspar u. Co. A.-G., Markranstädt, und G. Anton Seelmann u. Söhne, Neustadt (Orla), gezeigt. Auch verschiedene Schnellbauaufzüge zum Hochfördern sämtlicher Arten von Baustoffen wurden gezeigt; darunter ein Aufzug, bei dem die Förderseile von dem Gerüst schwenkbar sind, so daß das Abnehmen der Baustoffe oben an der Verwendungsstelle bequem bewirkt werden kann.

Die Baumeße in Leipzig ist nach wie vor die großartigste Baustoff- und Baumaschinenchau Deutschlands.

## Aus dem Fach für das Fach

### Die technische Frühjahrbaumesse in Leipzig.

Baustoffe sind nicht Handelsobjekte, die man auf der Messe kauft und auf Lager legt, weil sie dem Interessenten gefallen; man kauft Baustoffe und Baugesenstände erst dann, wenn man sie zur Ausführung braucht. Zweck der Baumeße ist, den Bauachleuten einen Ueberblick über neue und bewährte Baugesenstände und Konstruktionen zu gewähren. In dieser Hinsicht hat die Frühjahrbaumesse ihre Aufgabe erfüllt.

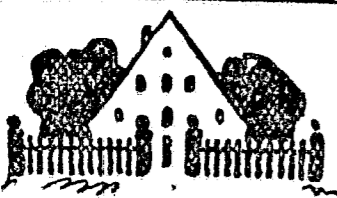
Bemerkenswert ist, daß diesmal eine Reihe führender Verbände an der Bauausstellung beieiligt waren und zum Teil großartige Sonderausstellungen geschaffen hatten, so der Stahlwerksverband A.-G. und der Deutsche Stahlbauverband in Düsseldorf, der Bund Deutscher Marmorbrucharbeiter e. V., Großkühnendorf, der allerdings schon seit einer Reihe von Jahren eine reiche Auswahl deutscher Marmorplatten und einige Architekturstücke zu zeigen pflegt, ferner die Technische Zentrale des deutschen Ofensehgerwerbes und der Verband der Arbeitgeber des Töpfer- und Ofensehgerwerbes Deutschlands e. V., der Verband deutscher Kachelofenfabriken, ferner die Arbeitsgemeinschaft des Reichsforstwirtschaftsrats und des Deutschen Forstvereins in Verbindung mit dem Bund Deutscher Zimmermeister. Die letztgenannten Verbände hatten in Halle 20 eine ganz neue, ziemlich umfangreiche Schau des Holzes als Baustoffe geschaffen; sie zeigte Proben deutscher Hölzer nebst Angaben über ihre Herkunft und Beschaffenheit. Der Stand selbst war von mächtigen, in Holz konstruierten Hindern überspannt, die vom Bund Deutscher Zimmermeister errichtet worden waren und darlegten, welche Holzkonstruktionen große Spannweiten gestatten. Es fehlte auch nicht an photographischen Aufnahmen und Zeichnungen berühmter gewordener Holzkonstruktionen; so waren u. a. die Sänerhallen in Wien und in Dresden im Bild dargestellt. Den Fußboden der Sonderchau bildete ein Parkett aus drei verschiedenen Holzarten: Eiche, Buche und Kiefer. Eine große Spundwand veranschaulichte einen wesentlichen Teil der Holzverwertung im Wasser- und Tiefbau. Einen breiten Raum nahm auch die Darstellung der Sperrholzverwendung im inneren Ausbau ein. Eine sehr gefällig behandelte, gemündete hölzerne Treppe war in konstruktiver und dekorativer Hinsicht gleich beachtenswert. Besonders Interesse erregten die Modelle alter Holz- und Fachwerkbauten, so insbesondere das große Modell des berühmten Knochenhauer-Amschauses in Hildesheim, dessen Konstruktion bereits Jahrhunderten froht und auch in bildnerischer und architektonischer Hinsicht noch heute als ganz hervorragende Leistung anerkannt wird.

Im allgemeinen ist das Bild der „Bauchau“, als die die Baumeße außer der Messezeit weiterhin zugänglich sein soll, in den weiten, durch treffliche Beleuchtung ausgeleuchteten Baumeschallen 19 und 20 unverändert geblieben; wir sehen die mannigfachen Mauersteine und und Klinker, Verblend- und Formsteine, Dachziegel, Edelputzstoffe, Isolierstoffe, Anstrichmittel; die verschiedenartigsten Wandbekleidungen, Tür- und Fensterkonstruktionen, Ofen, sanitäre Anlagen, Baubeschläge, viel Marmor, Granit und Syenit, mannigfache Erzeugnisse der Kunststeinindustrie, Armaturen für Rohrleitungen usw. Die Ausstellung der Baustoffe und Baugesenstände wird durch die Sonderchau der Stahlverbände in ihrer eigenen, im Stahlblechbau ausgeführten Halle und durch das umfangreiche und besonders lehrreiche Objekt der „Baumessestellung“ ergänzt. Das Stahlblech ist unter Verwendung der verschiedensten bewährten Füllbaustoffe ausgebauf worden, es wurden die Grundlagen der einzelnen Stahlbauweisen, wie Stahlblech- und Stahl-lamellenbau, Stahlblech- und Stahlrahmenbauweise unter Verwendung von Leicht-, Normal- und Spezialprofilen veranschaulicht, ebenso in vielen Beispielen die Anwendung der verschiedensten Baustoffe für Wand- und Deckenbil-

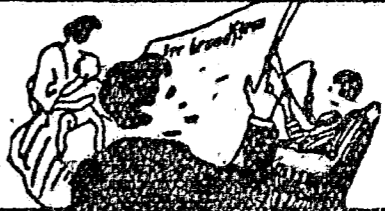
lung. Naturgroße Modelle belehrten die Messebesucher über die verschiedenen Stahlhausbausysteme für den Wochenend-, Garagen-, Siedlungs- und Hochgeschöfshaus. Man sah ferner eine große Zahl von Bauelementen aus Stahl für Fenster und Fensterrahmen, Türen und Jargen, Zwischenwände, Treppen usw. — Die Baumessestellung ist eine praktische Baustoff- und Baukonstruktionschau. Sie soll dem Erzeuger der mannigfachen Baustoffe die Möglichkeit geben, ihre Bewährung in der Praxis zu zeigen. Es wurde ein Bauprogramm aufgestellt, in einer Anzahl von 100 Wohnungen, die hier entstehen und zum Teil vollendet sind, die wichtigsten Probleme des neuzeitlichen Wohnungsbau nach der konstruktiven und Baustoffseite in technischer Hinsicht behandelt. Nebeneinander zu sehen sind: Stahlblechbau, Eisenbetonblechbau, moderner Holzfachwerkbau und endlich der Ziegelbau in seinen neuzeitlichen Formen als Hohl- und Hohlsteinmauerwerk. Schon die Verschiedenheit der Konstruktionsgedanken bot die Möglichkeit, auch in der Auswahl der übrigen Konstruktionsstelle und Baustoffe viel Neues zu bieten. Die Ausföschung der Wände, die Decken und Dächer und der innere Ausbau sowie die Türen und Fenster, der Fußbodenbelage, des Fußes usw. usw. ließen eine beinahe unbegrenzte Auswahl zu. Die Lösung der Heizungsfrage in den verschiedenen Baublocken als Blockheizung, Hauszentralheizung, Etagenheizung und Einzelofenheizung unter Verwendung der verschiedenen Systeme ist ein weiterer interessanter Teil der Siedlung.

Die Ziegel-, Beton- und Zementindustrie zeigte in Halle 19 eine Reihe von neuen Großformatesteinen und Hohlblocken zur Ausführung von Mauerwerk. Beachtenswert waren u. a. die neuen Hohlmauersteine aus Zementbeton der Firma Josef Raab & Cie. G. m. b. H., Neuwied, die sich für alle Mauerstärken und -längen eignen, die durch 30 Zentimeter feilbar sind. Die Druckfestigkeit beträgt 30 Kilogramm je Quadratzentimeter. Friedrich Kemp A.-G., Neuwied, propagierte die verschiedensten Baukörper aus rheinischen vulkanischen Zement in Verbindung mit Zement oder Zementkalk. Die Verarbeitung von Zementbaustoff wurde durch eisenarmierte Stegplatten für Dach-eindeckungen, Deckenhohlkörper für Eisenbetonrippendecken, Hohlblocksteine, Kalk- und Zementschwemmsteine für Mauerwerk, Zementzementdielen für nichttragende Zwischenwände usw. veranschaulicht. Bei einer neuen, vom Reg.-Baumeister Georg Lubowski, Königsberg i. Pr., ausgefallenen Bauplatte handelte es sich um einen gebrannten Tonhohlstein, dessen Hohlräume mit einer patentierten Masse gefüllt sind. Trotz der sehr geringen Stärke von nur 13 Zentimeter soll diese Masse dem Stein die Wärmekapazität einer Mauermauer von 97 Zentimeter Stärke verleihen.

Bisher mußte vor Aufbringung des Fußes auf Torfplatten ein Fußträger in Form eines Korbgerübes oder dergleichen angebracht werden. Eine neue, von den Torfplattenwerken A.-G. Triangel, ausgeführte Torfsofthermplatte mit Hartzementüberzug macht die Anbringung eines besonderen Fußträgers überflüssig. Der Hartzementüberzug bewirkt eine innige Verbindung des Fußes mit der Torfsofthermplatte. — Ganz hervorragend war die Ausstellung der keramischen Bausteine, Platten usw. für die Frontarchitektur und den inneren Ausbau. Besonders erwähnenswert sind die prächtig ausgestatteten Köfen der Ise Bergbau A.-G., der Ullersdorfer und der Siegersdorfer Werke, sowie die Klinkerausstellung der Dörentruper Sand- und Tonwerke G. m. b. H. Die Firma Keramag zeigte in ihrem mehrere Räume umfassenden Pavillon weiß und farbig glasierte Feuerkopplatten zur Bekleidung von Wänden, beispielsweise für Sporthallen, Schwimmbäder, Baderäume, Krankenhäuser, Arztzimmer, Laboratorien, Treppenhäuser, Veranden usw. Die Platten sind wasser-



# Unterhaltung und Wissen



## Was ich in Rußland erlebte!

Schon seit Jahren haben wir gewünscht, einmal von einem Kollegen, der von den politischen Geschehnissen unbeeinträchtigt ist, etwas über Rußland zu erfahren. Bekanntlich läßt die Sowjetregierung deutsche Sozialdemokraten oder Gewerkschafter nicht nach Rußland hinein. Wir waren bei unseren Berichten über Rußland deshalb in der Hauptsache auf die in Rußland erscheinende kommunistische Presse angewiesen, aus der wir hin und wieder zitierten konnten. Nunmehr hat uns der Kollege Rudolf Dehme, zurzeit in Helsingör in Dänemark, einen Aufsatz zur Verfügung gestellt, in dem er in völlig unparteiischer Weise seine Erlebnisse in Rußland schildert. Wir geben ihm nachstehend das Wort.

Als junger Handwerker habe ich verschiedene Länder bereist und dort gearbeitet. Nun sehnte ich mich auch einmal nach Rußland, das ich bisher nur dem Namen nach gekannt habe. Zuvor hatte ich das Glück, einige Monate in einer größeren Stadt Schwedens zu arbeiten. Die Bezahlung war sehr gut; nach meinen Erfahrungen ist der schwedische Handwerker überhaupt der bestbezahlte. Ich sparte mir Geld und damit trat ich die Reise nach Rußland an. Mein Weg führte über Stockholm—Helsingör nach Leningrad. Er ist der kürzeste und billigste. Auf der letzten sinnlichen Station bestiegen wir einen Zug, der uns zur russischen Grenzstation brachte. Auf der Mitte der Brücke des Flüsschens, der Finnland und Rußland trennt, sprangen russische Grenzjäger auf. Sie begrüßten jeden einzelnen sehr höflich, indem sie die Hand an die Mütze legten, dann verlangten sie unsere Pässe. Es waren hübsche junge Burschen. Sie trugen lange saubere Mäntel, die bis zu den Füßen reichten. An den Mähen hatten sie das Zeichen der Sowjetunion: Hammer und Sichel.

Wir betraten russischen Boden und begaben uns zur Zoll- und Paßkontrolle. Diese wurde sehr gründlich durchgeführt. Wir mußten unser Geld vorzeigen, empfangen eine Quittung über die Summe und wechselten einen Teil des Geldes in Rubel ein. Dann gab man uns ein Buch, das die Bestimmungen über Ein- und Ausfuhr von Valuta und Werten nach Rußland enthält. Die Abfertigung — wir waren acht Reisende — währte zwei Stunden. Dann bestiegen wir die russischen Eisenbahnmotoren und fuhren nach Leningrad.

Die Luft im Wagen war schlecht. Ich versuchte, ein Fenster zu öffnen, aber alle waren fest verschlossen. Das ist wohl in Rußland eine Maßnahme gegen Diebereien. Unser Abteil füllte sich schnell mit Arbeitern, Bauern, Kindern, Soldaten und Frauen. Wir tauschten Zigaretten. Die Reisenden sprachen ein wenig deutsch, wir ein wenig russisch. So konnten wir uns genügend verständigen. Mir gegenüber saß eine Frau, ihr kleines Kind schrie, die Mutter öffnete mit der größten Seelenruhe ihr Kleid und gab dem Kinde die Brust. Es dauerte nicht lange, und wir waren in Leningrad.

Beim Verlassen des Bahnhofes bemerkte ich sofort das Denkmal Lenins als Redner. Wir blieben stehen. Im nächsten Augenblick hatten sich um uns eine Menge Menschen versammelt. Sie hätten gern gewußt, was eigentlich los ist. Unsere Touristenkleidung fiel ihnen auf, unsere Rucksäcke und Koffer. Mein Kamerad und ich trennten uns dann. Da er viel Gepäck hatte, nahm er eine Pferdewagen. Das ist ihm allerdings teuer zu stehen gekommen. Er erzählte mir später, er mußte für diese Fahrt von 45 Minuten Dauer 15 Rubel bezahlen. Das ist allerhand Geld, denn ein Rubel hat 2,16 M.

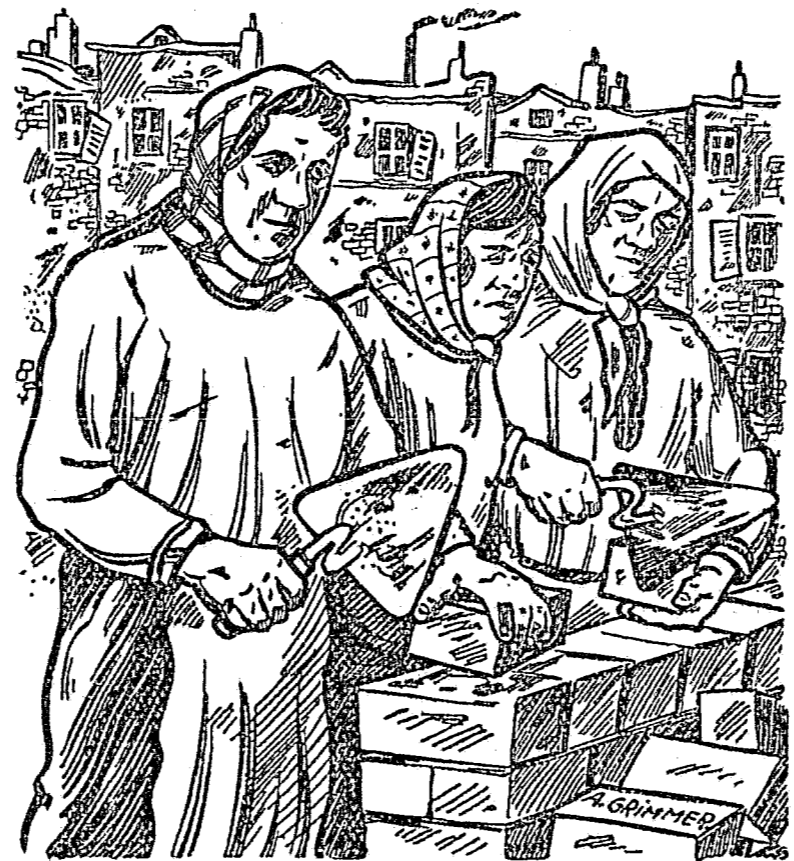
Ich näherte mich dem Stadtzentrum. Ueber Brücken und Kanäle kam ich nach dem Newskipropekt, der Hauptstraße Leningrads. In den Straßen ist starker Verkehr; denn der 5. Teil der Bevölkerung hat immer Sonntag. Dies kommt von der Fünftageswoche her. Kinos und Theater sind geöffnet. Die Menschen, die ich sah, waren in jeder Beziehung verschieden. Ich sah Männer, Frauen und Kinder, sauber angezogen, bekleidet mit dicken Mänteln, mit Pelzjacken, Stiefeln und Galoschen. Die Frauen tragen oft rote Kopftücher, selten Hüte, aber sie sind vielfach geschminkt, rot angemalte Lippen haben fast alle. Aber ich sah auch sehr notdürftig bekleidete Menschen. Mancher hatte kaum eine dünne Jacke auf dem Leibe als Schutz gegen die Kälte, an den Füßen zerrissene Schuhe oder solche aus Stroh, manchmal an Stelle der Schuhe sogar nur um die Füße gewickelte Lappen.

Die Menschen sind blond, rotblond, schwarz, hochgewachsen oder klein. Man findet jede Sorte. Aber vielfach findet man in den Gesichtern einen schwermütigen Zug. Die Straßen sind zumeist in frostlosem Zustande. Das Pflaster ist aufgerissen. Überall liegen Schutt und Baumaterial umher. Die Dachrinnen münden direkt auf den Bürgersteig. Wenn es regnet, gibt es eine Unmenge Schlamm und Dreck. Doch man ist fleißig bemüht, diesen Zustand zu bessern. Überall wird gepflastert und ausgebessert. Auffallend viele Frauen arbeiten beim Straßenbau als Handlanger.

Es war nicht so einfach, ein Quartier zu finden. Die Hotels sind zumeist besetzt. Man ist froh, wenn man ein Zimmer gefunden hat. Der Preis steigt von 8 Rubel (17,28 M) aufwärts. Es ist auch schwer, Essen und Trinken zu bekommen. Lebensmittel gibt es in Rußland in Wägen in Rationen, ebenso Bekleidungsgegenstände. In langen Schlangenreihen stehen die Frauen vor den Läden der Kooperative an, um Lebensmittel zu kaufen. Die Rationen, die verkauft werden, sind unterschiedlich. Es wird gerechnet mit Hand- und Kopfarbeitern, Konsummitgliedern und Nichtmitgliedern. Brot gibt es 400 Gramm je Tag, Fleisch 2 Pfd. die Woche. Alle Lebensmittel gibt es in Rationen, zu Preisen, die fast durchweg doppelt so hoch sind als in Deutschland. Man hat aber außerdem Gelegenheit, Wurst, Butter, Käse im Freihandel zu kaufen. Dann betragen aber die Preise das Zehnfache der deutschen Preise. So kostet 1 Pfund Butter 10 bis 12 Rubel. Das sind 21 bis 26 M. An Lebensmitteln herrscht großer Mangel. Auch Schuhe und Bekleidungsgegen-

stände gibt es auf Anweisung, und auch nur dann, wenn etwas da ist. Die Schaufenster sind zumeist nur dekoriert mit Zahnpasta und Schucreme. Sie wirken wie die deutschen Schaufenster in den letzten Stadien des Weltkrieges. Hätte ich das vorher gewußt, ich hätte mir etwas Brot und Butter mit über die Grenze gebracht. Ich sah schließlich im Hotel; dort mußte ich nach meinen Begriffen enorme Preise bezahlen. Ein bißchen warmes Essen, weder besonders gut noch reichlich, kostete mich 4 Rubel (8,64 M). Bezeichnend ist aber die Inschrift in einem Hotelrestaurant: „Man bittet, den Kellner nicht durch Anbieten von Trinkgeld zu beleidigen“. Die Preise waren immer sehr hoch. Ein kleiner Apfel kostete 40 Kopeken, eine Birne 80 Kopeken, ein halber Liter Bier im gewöhnlichen Restaurant 40 Kopeken. 40 Kopeken bedeuten nach deutschem Geld 86 S.

Ich fuhr auch mit der Straßenbahn in die Vororte. Niemand hinderte mich. Die Straßenbahn ist immer voll



Deutsche Maurer in Rußland. Nachgezeichnet aus dem russischen Bauarbeiterblatt „Postrolka“ vom 8. März 1931.

besetzt. Wo nur eine Möglichkeit zum Anhängen oder Festhalten ist, tut man dies, um noch rechtzeitig zur Arbeit oder nach Hause zu kommen. Das Personal der Straßenbahn ist zumeist weiblich und trägt keine Uniform. Man kann die Frauen kaum von den Fahrgästen unterscheiden. In den Anlagen und in der Nähe der früheren Zarenpaläste stehen noch Denkmäler aus der Zarenzeit. Vor der Jaak-Kathedrale steht sogar ein Reiterdenkmal aus jener Zeit. Aber ich konnte daran ungefähr folgende Inschrift entziffern: Das Denkmal sei als eine Art Popanz oder historisches Dokument, als Erinnerung an vergangene Zeiten stehen geblieben. Vom Turm der Jaak-Kathedrale hat man einen schönen Rundblick über Leningrad. Die Stadt selbst zeigt immer wieder Gegenätze. Im Innern die alten Wohnpaläste der verschwundenen Bourgeoisie und als Gegensatz frostlose öde Mietshäuser. Herabgefallener Putz und Stuck gibt diesen Häusern den Stempel des Verfalls. Alte Kirchen, eine immer schöner und bunter als die andere, sind trotz der angeblichen Gottlosigkeit der Russen während des Coffesdienstes stark gefüllt mit andächtigen Zuhörern. Es sind nicht nur alte Weiber. Wegen der Schnapspest wird Stellung genommen und Agitation getrieben. Trotzdem sah ich sehr viele Betrunkene, aber niemals Junge.

Draußen in den Vororten sehen alte wacklige Holzhäuser und daneben neue hygienisch einwandfreie Wohnhäuser, Fabriken und Klubhäuser. Es wird viel gearbeitet. Es gilt ja, den Fünftagesplan zu erfüllen, alles ist schieberhaft auf ihn eingestellt, alles spricht von ihm. Arbeitslose Facharbeiter gibt es in Leningrad nicht, sie werden sogar gesucht. In manchen Betrieben gibt es sogenannte Stoßbrigaden; das sind Arbeiter, die Höchstleistungen vollbringen. Ein Betrieb schafft immer den anderen zur Höchstleistung an. Die Stoßbrigaden werden besonders ausgezeichnet. Ich besuchte Neubauten, schaute mir die Gerüste an und sah den Bauarbeitern bei der Arbeit zu. Obwohl es meistens Großbauten waren, sah ich selten Fahrstühle zum Transport der

## Vom Ideal der werttätigen Frau.



Sowjet-Aktion: Wohnungsbau für das Proletariat. Dieser Witz zeigt russische Bauarbeiterinnen. (Aus der kommunistischen Zeitschrift „Der rote Stern“, Nr. 3/1931.)

Lasten. Die Baumaterialien wurden mittels Riepen oder Karren auf Brethern, die treppenartig gelegt waren, nach oben befördert. Die Gerüste waren oft sehr mangelhaft. Einmal sah ich ein Gerüst, auf dem 10 Maurer arbeiteten; dieses Gerüst lagerte auf leeren Zementtonnen. Auffallend viele Frauen sah ich als Handlanger oder Wasserträger. Ich unterhielt mich mit einem Maurer, der deutsch sprechen konnte. Er verdient täglich 5 Rubel bei achtfündiger Arbeitszeit. Das sind 10,80 M. Das klingt emigermassen zufriedenstellend, aber wenn man sich die Preise in Rußland vergegenwärtigt, so ist es verflucht wenig. In den Fabriken wird öfters nur 7 Stunden gearbeitet. Die Löhne sind nicht gleich. Ein Arzt oder Lehrer verdient weniger als ein Handwerker. Das Studium ist frei, aber ein Student muß vorher 3 Jahre praktisch gearbeitet haben. Dementsprechend traf ich Deutsche an. Zumeist waren sie Spezialisten eines bestimmten Berufes. Es sind Mechaniker, Monteur, Ingenieure. Manche sind erst kurze Zeit, andere längere Zeit in Rußland. Diese Spezialisten bekommen alles, was sie brauchen, in genügenden Mengen. Sie erhalten ein Speziallebensmittelbuch. Sie werden auch gut bezahlt.

Anders ist es mit den Deutschen, die dort ohne Vertrag sind. denen geht es nicht viel besser als den Russen. Immer wieder reifen viele nach Deutschland zurück, obwohl sie dort lange Zeit arbeitslos waren und ihnen das gleiche Schicksal von neuem winkt. Auch die Deutschen, die draußen in der Provinz auf dem Lande arbeiten, reisen vielfach wieder zurück nach ihrer Heimat, weil die Verhältnisse unzureichend sind.

Von Leningrad fuhr ich nach Moskau. Wenn man als Tourist eine Fahrkarte haben will, muß man sie mindestens einen Tag zuvor bestellen. Die Russen warten stundenlang, ja mitunter tagelang mit Sack und Pack vor den Schaltern auf Fahrkarten. Die Eisenbahn ist insofern besser als die deutsche, weil jeder Fahrgast einen Liegeplatz hat und Bettzeug für 2 Rubel leihen kann. Auch heißes Wasser zum Aufbrühen von Tee wird geliefert.

In Moskau traf ich auf dem Bahnhof eine Kolonne deutscher Bergarbeiter an, die auf die Erledigung ihrer Rückreiseformalitäten warteten. Einmal sah ich, wie die Polizei 3 obdachlose Kinder abführte. Sie hatten die Fenster eines Kiosks erbrochen und dort geschlafen. Sie waren jämmerlich angezogen, hatten zerrissene Schuhe, waren ohne Strümpfe und zitterten vor Frost. Eine Frau schenkte ihnen mitleidig etwas Brot; sie verschlangen es heißhungerig.

Das Schönste in Moskau ist unstreitig der Kreml, der Sitz der Sowjets. Innerhalb des Kremls sind allein sechs Kirchen. Kirchen, prächtig, bunt, mit ihren vielen Zwiebelkuppeln wirken sie wie ein Märchen aus 1001 Nacht. Die Arbeiterwohnungen sind so beschaffen wie die der Arbeiterschaft in Berlin. Viele Menschen in wenig Raum. Dort, wo ich einen Besuch abstattete, ging es sehr dürftig zu. Meine Gastgeber hatten wenig, aber sie teilten trotzdem mit mir. Es gab Tee, aber ohne Zucker, Brot, aber ohne Belag und nicht bestrichen, weil die Leute das einfach nicht hatten. Auch die Bewohner der Mietshäuser sind, wie fast alle Russen, in Klubs zusammengefaßt. Klubs gibt es in allen Betrieben, Büros und beim Militär. Einen großen Teil ihrer Freizeit verbringen die Russen in den Klubs. Auf den Höfen der Mietshäuser sieht man große Mengen Holz für den Winter aufgestapelt, Kohlen gibt es nicht.

Ich bemühte mich um Arbeit bei den zuständigen Instanzen. Das war schwerer, als ich dachte. Man schickte mich von Zimmer zu Zimmer, von einem Stodwerk ins andere. Als ich endlich an der richtigen Stelle angelangt war, sollte ich wiederkommen. Auch in Rußland geht alles den bürokratischen Instanzenweg. Meine Schwedenkronen wurden alle. Ich mußte nicht, woher ich Essen, Trinken und Nachtlöcher nehmen sollte. Deshalb verkaufte ich meine Armbanduhr für 35 Rubel. Ich hätte noch mehr dafür bekommen, obwohl sie mich selbst in Schweden nur 10 Rubel gekostet hatte. Uhren sind in Rußland selten und teuer. Eine Weckeruhr, die bei Tsch in Berlin 3 M kostet, kostet in Rußland 30 Rubel (64,80 M). Von dem Erlös meiner Uhr bezahlte ich meine Bahnfahrt nach Estland.

In Estland sind die Preise für Lebensmittel wieder nur halb so hoch als in Deutschland. Ich glaube, Estland ist das billigste Land in dieser Richtung. Doch ich wollte über Rußland schreiben und damit wäre ich fertig. Um das russische Volk zu verstehen, muß man, das glaube ich, einige Jahrzehnte dort verlebt haben. Das russische Volk hat in den letzten 15 Jahren nur Not und Entbehrung gekannt. Es lebt noch heute für westeuropäische Begriffe sehr ärmlich und kümmerlich. Zu bewundern sind allerdings die Geduld, Fähigkeit und Energie, mit der es unter größten Entbehrungen arbeitet und strebt, um sich ein besseres Los, eine bessere Zukunft zu erringen. Ich gönne ihm das von Herzen!

Bis dahin sind wir unserem Briefschreiber gefolgt. Wir haben alle von ihm geschilderten Licht- und Schattenseiten, die augenblicklich in Rußland vorhanden sind, erwähnt. Ein ungefähres Bild kann sich nunmehr jeder über die russischen Zustände machen. Es ist Outes mit Schlechtem vermischt. Jedenfalls wirkt es lächerlich, Rußland, wie es bei den deutschen Bolschewisten geschieht, in himmelstürmenden Witzreden über den grünen Alee zu loben und die deutschen Zustände in einseitiger Uebertreibung herunterzureißen. Aber unrichtig wäre es auch, alles in Deutschland zu loben und was in Rußland ist, alles falsch, ungeschickt und ungenügend zu verurteilen. Jedoch ein Gedanke kommt uns: Würde das kulturell weit höher stehende deutsche Volk auch so lammfromm und geduldig wie das russische ein solches jahrzehntelanges Martyrium ertragen wollen? Würde es nicht angesichts der sich vor allem bei der letzten Reichstagswahl bei ihm gezeigten geradezu erschütternden politischen Unreife Krach schlagen, die Läden stürmen und schließlich zum Barrikadenbau übergehen? Es wären nicht nur dumme Jungen, alte Bekkswestern und kümmerliche Mummelgreise, die sich dann wieder nach Wilhelm von Doorn sehnen und die heutige Wirklichkeit in Grund und Boden verdonnern würden. Die Deutschen sind keine Russen.

# Streiks u. Lohnbewegungen

**Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter:** Gesperrt sind: das Abbruchgeschäft von August Erich, Baustelle Dynamitfabrik bei Oesthacht, Baugewerkschaft Hamburg, wegen Lohnabzug; die Firma Wenzel Schwalb in Emden wegen Tarifbruch; für Deckenrohre die Firma Paul Vanick in Hannover wegen Nichtanerkennung des Tariflohnes; wegen Nichtzahlung des Tariflohns die Regiearbeiten der Mineralöl- und Asphaltwerke in Ostermoor bei Brunsbüttelkoog (Baugewerkschaft Jhehoe).

**Stukkateure und Putzer:** Die Stuckfirma Richard Kiedke in Königsberg i. Pr. ist wegen Lohnunterschieden gesperrt.

**Fliesenleger:** Gesperrt ist in Krefeld wegen Tarifdifferenzen die Firma Meis; in Nürnberg sind die Fliesenleger wegen Lohnunterschieden ausgesperrt.

**Isolierer:** Gesperrt ist die Isolierfirma Ritter, Kiel, Hafensstraße, wegen Zahlung untertariflicher Löhne.

**Töpfer:** Gesperrt sind: In Halle/S. Wilhelm Stahl, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Zeitz die Ofengeschäfte Gustav Neumann, Gustav Hornicke und Emil Böhm, in Schwerin in Mecklenburg die Firma Brockmann, Ofenfabrik und Sehggeschäft.

# Aus der Sozialgesetzgebung

**Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit.** Der Reichsarbeitsminister hat das Ende der berufsüblichen Arbeitslosigkeit auf den 28. März festgelegt. Damit kommen alle Saisonarbeiter wieder in die reguläre Arbeitslosenunterstützung, soweit sie nicht schon ausgeteuert waren oder sind. Die Bestimmungen über 26wöchige und 52wöchige Anwartschaft bleiben von der obigen Anordnung des Reichsarbeitsministers unberührt, d. h. also, daß nur der die volle Arbeitslosenunterstützung beziehen kann, der mindestens 52 Wochen Anwartschaft erfüllt hat. Für den Bezug der kleineren Arbeitslosenunterstützung ist die 26wöchige Anwartschaft erforderlich.

# Aus den Baugewerkschaften

## Mitteilung der Schriftleitung.

An die Baugewerkschaftsvorstände. Wegen des ungeheuren Stoffandranges waren wir auch diesmal wieder gezwungen, einen großen Teil Versammlungs- und Jahresberichte zurückzustellen. Wir konnten nur die dringlichsten, zeitgebundenen Berichte mitnehmen. Wir bitten die Baugewerkschaftsvorstände um Rücksichtnahme und Geduld.

### Die Schriftleitung des „Grundstein“.

**Dormund.** Unsere Generalversammlung war am 22. Februar. Nachdem das Andenken der im verflochtenen Jahre verstorbenen Kollegen in üblicher Weise gelehrt war, gab Kollege Must den Geschäftsbericht. Dabei schilderte er die Ursachen dieser im Weltmaßstabe wütenden Krise. Ferner schilderte er die Vorgänge, die zur Abdrosselung des Wohnungsbaues geführt haben. Um Arbeit zu beschaffen, ist die Organisation zur Selbsthilfe geschriftet und hat eine Baugenossenschaft gegründet. Errichtet werden konnten bisher 362 Wohnungen. Die Differenzen aus dem Arbeits- und Mietverhältnis und der Sozialgesetzgebung waren sehr groß. Das Ergebnis aus einigen hundert Streikfällen war, daß für die Kollegen insgesamt 11 013,65 M herausgeholt werden konnten. Die tariflichen Löhne konnten im verflochtenen Jahr gehalten werden. Allerdings mußten die Fliesenleger deswegen zweimal einen Abwechselfreik führen. Die Unternehmer möchten nicht nur die Löhne abbauen, sie möchten auch den Lehrlingen die ihnen schwer errungenen Vorteile rauben. Wir werden auf all dies mehr denn früher ein

wachsame Auge haben müssen. Die Zersplitterungsbestrebungen der RWO. müssen wir scharf bekämpfen. — Den Kassenbericht gab der Kollege Nicolaus. Für die Hauptkasse wurden 160 549,44 M eingenommen, verausgabt wurden 152 707,03 M. An Kranke und Arbeitslose wurden allein 95 963,15 M ausgegahlt. Für die Lokalkasse wurden 78 950,57 M eingenommen, ausgegeben wurden 58 544,44 M. In der großen Ausgabe an Erwerbslosensmarken spiegelt sich die große Arbeitslosigkeit wider. — In der Aussprache wurden Fragen der Arbeitsbeschaffung besprochen. Die Bildung von Spaltpilzen innerhalb der Organisation wurde scharf verurteilt und zur Einigkeit und Geschlossenheit aufgerufen. Nach den Schlussworten der Berichterstatter wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt und Kollege Rosemann als Vertreter der Isolierer hinzugewählt. Der Kassierer wurde entlastet. In einer Entschließung wurden die Bestrebungen der Bezirksleitung, die Baufähigkeit mit Erfolg anzukurbeln, was auch gelungen ist, voll anerkannt. Es wurde erachtet, daß die Bezirksleitung auf diesem Wege fortfahren möge.

**Großenhain.** (Ein Jubilär.) Am 17. März wurde unser langjähriger Baugewerkschaftskassierer, Kollege Bruno Feilenberger, 60 Jahre alt. Gleichzeitig sei

aber auch daran erinnert, daß unser Bruno im November 1904 durch den Gauvorsitzenden, Kollegen Hermann Bürger, die Kassierergeschäfte unserer Baugewerkschaft übertrug. Das in ihn gesetzte Vertrauen hat sich bei unserem Bruno bewährt. Immer wieder wurde ihm in den folgenden Jahren das Kassiereramt übertragen. So auch noch heute. Wir beglückwünschen unseren Bruno nachträglich zu seinem 60. Geburtstag und zum 25jährigen Kassiererjubiläum. Wir danken ihm für seine langjährige, opfervolle Tätigkeit aufs herzlichste und wünschen ihm Gesundheit und Frische, um noch recht viele Jahre sein verantwortungsvolles Amt im Interesse der Organisation ausüben zu können! Den jüngeren Kollegen diene seine Tätigkeit als Ansporn für Nachseiferung!



**Karlsruhe.** In unserer Vertreterversammlung am 22. Februar gab nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und Ehrung der im Geschäftsjahr verstorbenen 25 Mitglieder Kollege Kleiner den Geschäftsbericht. Das Jahr 1930 ist für die Bauarbeiter ein Arbeitslosenrekordjahr gewesen, wie seit einem Menschenalter nicht. Im Durchschnitt haben unsere Mitglieder im Berichtsjahr nur 20,4 Wochen arbeiten können. 31,6 Wochen waren sie zum Nichtstun verurteilt. Trotz des etwas höheren Stundenlohnes ist das Jahresdurchschnittseinkommen der Bauarbeiter weit unter dem der Fabrikarbeiter. Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat längst keinen Saisoncharakter mehr, sondern einen konjunkturellen Charakter. Die Sonderstellung der Bauarbeiter im Arbeitslosenversicherungsgesetz ist ein Unrecht. Die schlechte Bauwirtschaft hat allerhand Auswüchse gezeitigt. Schmutzkonkurrenz und Versuche, sich um die tarifvertraglichen Pflichten herumzudrücken, waren bei einigen Unternehmern an der Tagesordnung. Die Folge war eine lange Kette von Klagen. Für 138 Kollegen wurden insgesamt 10 600 M eingeklagt. Die Klagen erstrecken sich nicht nur auf Fach- und Hilfsarbeiter, sondern auch auf Lehrlinge. Die letzteren brauchen ganz besonders den Schutz unserer Organisation, sie wären sonst völlig der Willkür der Unternehmer ausgesetzt. Die Mitgliederbewegung war rückläufig. Viele Arbeiter, die sonst im Baugewerbe ihr Brot verdienen, sind in andere Berufe abgewandert oder sie bleiben das ganze Jahr hindurch ohne Arbeit. Jugendliche Hilfsarbeiter findet man nur noch ganz vereinzelt auf den Baustellen. Allerdings hat die Zahl der Lehrlinge nicht im gleichen Maße abgenommen wie die Beschäftigungsmöglichkeiten. Die Richtlinien der Handwerkskammer Karlsruhe lassen, wenn keine Gesellen beschäftigt werden 2 Lehrlinge, bei 1 bis 2 Gesellen 3 Lehrlinge, bei 3 bis 5 Gesellen 4 Lehrlinge, bei 6 bis 9 Gesellen 5 Lehrlinge und bei 10 bis 14 Gesellen 6 Lehrlinge zu. In Anbetracht der heutigen Verhältnisse im Baugewerbe muß diese Lehrlingsordnung unbedingt revidiert werden. Mit dem Arbeitsgeberbund haben wir am 15. Oktober die 40-Stunden-Woche

vereinbart. Aber nicht alle Unternehmer, auch nicht alle Kollegen hatten für diese Notmaßnahme volles Verständnis. Ueberschreitungen dieser Arbeitszeit waren besonders bei dem Neubau der Michelin-Werke festzustellen. Klagen über Nichtbeachtung der Arbeiterschutzbestimmungen durch die Unternehmer waren sehr häufig. Bei einer im Oktober vorgenommenen Kontrolle der Neubauten wurden nicht nur viele Verstöße der Unternehmer festgestellt, sondern einige Unternehmer wußten noch nicht einmal, daß am 1. Januar neue Unfallverhütungsvorschriften in Kraft getreten waren. Auch im Kassenbericht kam die enorme Arbeitslosigkeit zum Ausdruck. — Der Verwaltung wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die lebhafteste Aussprache befaßte sich mit einer Ausnahme auf einer von Verantwortung getragenen Höhe. — Anschließend sprach Bezirksleiter Kollege Sörfer in wirkungsvoller Weise über Lohn- und Tariffragen. — Mit geringen Ausnahmen wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder einstimmig wiedergewählt. Kollege Kleiner dankte dem wegen Krankheit aus dem Vorstand ausscheidenden Kollegen Hill für die in 14 Jahren unserer Bewegung geleisteten Dienste. Eine Entschließung, in der gegen die weitere Benachteiligung der Bauarbeiter in der Arbeitslosenversicherung protestiert wird, wurde einstimmig angenommen.

**Kassel.** In unserer am 22. Februar abgehaltenen Vertreterversammlung gab unser Geschäftsführer Junglaus und unser Kassierer Wiebach ihre Jahresberichte. Das verflochtene Jahr war für uns sehr schlecht. Die Arbeitslosigkeit schwankte dauernd zwischen 60 und 66 % unserer Mitgliederzahl. Auch im Sommer ging sie nicht zurück. Der Wohnungsbau lag ganz darnieder, weil die Stadt Kassel das Aufkommen der Hauszinssteuer schon bis zum Schluß des Jahres 1930 verbraucht hat. Andere Mittel zu Bauzwecken standen aber nicht zur Verfügung. Es wurde deshalb begrüßt, daß im Herbst durch das Zulassungsprogramm der Reichsregierung noch 180 Wohnungen erstellt werden konnten. Die letzten Bauten sind bis zum Frost gerade im Rohbau fertiggestellt worden und harren in diesem Frühjahr der Fertigstellung. Dieses ist aber auch die einzige Arbeit für 1931! Im Berichtsjahr wurde auch je ein Gebäude für die städtische Sparkasse, für das Arbeitsamt und ein Altersheim, die beiden ersten als Betonarbeiten, das letztere als Stahlgerüstbau, aufgeführt. Alle diese Bauten brachten aber keine größeren Beschäftigungsmöglichkeiten für unsere Kollegen, weil zu diesen Arbeiten meistens Wohlfahrtsarbeiter herangezogen wurden, die alles andere, nur keine Bauarbeiter waren. Auch in den ländlichen Gemeinden war die Bauwirtschaft sehr gering. Es versuchten deshalb auch viele Landkranke, wenn auch nicht in allen Fällen mit Erfolg, die Tariflöhne zu umgehen. Unsere Mitgliederzahl hat sich trotz der großen Arbeitslosigkeit ziemlich gehalten. Ende 1929 hatten wir 3020 Mitglieder, Ende des Berichtsjahres 2862, so daß ein Verlust von 158 eingetreten ist. Leider ist der Umsatz an Beitragsmarken bedeutend zurückgegangen. Es wurden 1930 nur 59 041 Beiträge abgesetzt, 1929 waren es 107 599 und 1928 noch 115 125 Beiträge. Die Einnahme an Beiträgen betrug 1930 insgesamt 76 194,30 M, 1929 betrug sie 124 487,80 M. Die Einnahme der Lokalkasse betrug im Berichtsjahr einschließlich eines Bestandes von 28 251,82 M 57 278,01 M, die Ausgabe 35 390,16 M, so daß ein Kassenbestand von 21 887,85 M verbleibt. Es mußten also 6 363,97 M zugezogen werden. Die Generalversammlung beschloß deshalb mit großer Mehrheit, vom 1. April an einen Verwaltungsbeitrag von 10 % zu erheben. Der bisherige Vorstand wurde, mit Ausnahme des stellvertretenden Vorsitzenden, wiedergewählt. An Stelle des zurückgetretenen stellvertretenden Vorsitzenden wurde der Kollege August Schill, Kassel, gewählt. — Kollege Knöfz vom Bezirksvorstand berichtete dann noch über die Verhandlungen mit den Unternehmern.

**Schneidemühl.** In der Generalversammlung am 22. Februar gab Kollege Koclin den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl betrug zu Beginn des Berichtsjahres 1725, am Schluß 1890. In gegnerischen Verbänden haben wir es hier nur mit dem christlichen Bauarbeiterverband zu tun, der aber nur etwa ein Sechstel unserer Mitgliederzahl aufweisen kann. Andere Organisationen kommen hier nicht in Betracht. Es gibt noch einen Nazipatenladen, genannt Gewerkschaft Deutscher Hilfe. In diesem Laden sind die Führer zum Teil dieselben Personen, die mein und dein nicht unterscheiden können und deshalb aus unserer Organisation ausgeschlossen wurden. Für die Bundeskasse wurden im Berichtsjahr 31 392,75 M eingenommen und 35 052,75 M ausgegeben; die Mehrausgabe beträgt also 3 660 M. Die

# Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 2. März 1931.

Von den Bundesmitgliedern waren am Feststellungstage arbeitslos

Bezirksverband	Beizende Baugewerkschaften	Mitgliederzahl am Feststellungstage	Arbeitslos																										Insgesamt		vom Hundert der Mitgliederzahl				
			Maurer	Tiefbau- und Schornsteinmänner u. Steiner	Polierer, Schachtmänner	Zement-Isolierarbeiter	Zementarbeiter, Fleischer, Biegearbeiter	Stückarbeiter und Hilfsarbeiter	Steinsetzer	Ofenformner	Ofenleger	Schmelzblei-arbeiter	Stahlgewerkschaftler	Töpfer- und Ziegler-arbeiter	Arbeitsloser	Isolierer und Steiner	Isolier- und Stahlgewerkschaftler	Kassierer, Gemeindevorsteher, Betriebsleiter	Altpolierer	Platzhelfer	Reinigungsarbeiter	Bauhilfsarbeiter	Stückarbeiter	Erdbauer	Werkstätten- und Bauhilfsarbeiter	Minerale	Polierer	Brunnengewerkschaftler	Lehrlinge	Wohlfahrtsarbeiter	Insgesamt	2.1	2.2		
Königsberg	7	17172	5545	10	223	71	120	171	8	9	388	—	—	35	18	3	—	104	22	—	17	5222	34	1985	49	—	54	5	750	8	14851	86,5	85,8		
Danzig	1	3714	1010	—	14	10	9	19	—	—	75	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	995	38	537	—	—	—	135	—	2852	76,8	76,8			
Stettin	61	15758	7531	24	113	65	85	195	25	4	315	—	—	41	11	23	—	—	—	—	—	3339	7	1335	—	—	7	3	871	6	14001	88,8	87,4		
Breslau	42	41679	16136	36	621	217	170	129	74	277	741	137	179	250	106	47	10	118	—	—	—	10738	61	2194	—	—	3	2	2647	78	34971	83,9	84,0		
Berlin	60	53176	18345	103	245	569	351	1356	433	239	1030	21	20	115	401	195	49	14	700	—	—	12038	4	1486	27	—	14	1532	15	39302	73,9	71,7			
Magdeburg	42	29029	13928	19	138	33	52	49	108	47	212	110	1	33	30	71	—	21	—	—	6	4290	1	723	—	—	1	—	1147	—	21020	72,4	72,6		
Erfurt	34	19913	10173	61	132	72	14	170	209	20	123	2	—	30	29	32	—	—	—	—	—	4099	1	281	—	9	5	1361	2	16871	84,7	85,2			
Frankfurt	17	32897	12560	47	103	283	209	768	72	1	16	1	2	1	187	56	12	23	17	—	51	8275	254	1816	74	—	13	—	744	—	25585	77,8	77,9		
Köln	12	19280	4242	37	132	329	377	1242	31	—	23	3	—	3	148	57	28	458	111	—	6	4923	139	878	—	—	2	216	—	13385	69,4	69,6			
Dormund	14	19642	5720	103	118	198	255	647	2	—	32	—	—	2	255	149	11	49	74	—	9	4210	268	1450	—	1	2	—	424	—	13979	71,2	68,2		
Hannover	39	28499	12703	26	194	94	89	139	59	8	73	6	73	6	105	72	8	87	50	—	16	5200	7	1225	6	—	5	1	1429	2	21683	76,1	77,6		
Bremen	30	15173	4125	11	42	77	176	66	29	2	10	—	—	—	44	16	3	1	11	—	—	3035	4	1291	—	—	5	6	186	—	9143	60,3	63,4		
Hamburg	45	32616	8880	11	86	236	456	365	193	12	260	1	1	3	161	62	12	141	55	79	—	4365	—	3053	53	—	3	30	586	—	19604	60,1	60,4		
Rostock	60	8410	3564	5	34	1	—	6	5	13	65	—	—	9	8	—	—	—	—	—	—	2045	—	408	—	—	4	429	—	6599	78,5	79,2			
Dresden	31	65791	26055	41	560	358	168	307	537	483	847	45	2	118	154	96	96	19	137	—	3	19491	6	1530	—	1	16	3142	25	54237	82,4	81,3			
Nürnberg	29	17653	5671	90	69	34	46	942	33	163	57	—	—	55	92	26	6	—	—	—	—	5713	18	426	30	7	9	508	1	14016	71,2	73,6			
München	27	13886	4198	20	81	53	36	141	68	12	105	1	12	16	61	29	9	7	—	—	—	4829	40	788	105	25	11	5	216	—	10927	78,7	74,6		
Stuttgart	14	9980	2259	22	23	104	25	1479	1	—	2	—	—	—	38	14	25	53	—	—	—	1941	128	829	—	—	2	207	—	7152	71,7	73,6			
Karlsruhe	11	15365	5146	46	133	154	112	1009	15	31	5	—	53	2	93	47	6	31	—	—	—	2951	242	581	38	2	1	276	—	11033	71,8	73,2			
Zusammen	576	459633	167791	712	3061	2958	2750	9200	11902	1321	4379	327	346	716	1951	995	276	1156	1238	—	—	95	147	108208	1252	22716	382	82	121	95	16806	137	351211	76,41	—
Vorige Woche	576	460635	168326	678	3124	3011	2679	9169	1828	1348	4386	318	337	689	1918	969	250	1142	1204	—	—	85	151	107066	1284	22465	332	51	115	112	17032	138	350207	—	76,08

Lokalkasse hatte eine Einnahme von 23 079,44 M. ausgegeben wurden aber 23 936,29 M., so daß die Mehrausgabe 856,85 M. beträgt. Im Berichtsjahr sind vor der Schlichtungskommission 24 Lohnklagen, vor dem Arbeitsgericht 115 und vor dem Landesarbeitsgericht 8 Klagen durchgeführt worden. Von all diesen Klagen sind 18 erfolglos gewesen; die übrigen sind aber zugunsten unserer Kollegen verlaufen. Dadurch sind für unsere Kollegen 8 539,85 Mark herausgeholt worden. Von den 78 Einsprüchen in der Sozialversicherung sind 52 zugunsten unserer Kollegen erledigt worden, wodurch ihnen schätzungsweise etwa 5000 M. zugute gekommen sind. Das Vereinsleben war ziemlich reger. Auch das Leben in unseren Jugendabteilungen. Solche bestehen unter anderem in Schneidemühl mit 78 Mitgliedern und in Deußlich Krone mit 25 Mitgliedern. Auf das Baudelegiertenwesen muß mehr Gewicht gelegt werden. Ein trauriges Bild gibt unsere Statistik über die Arbeitslosigkeit. Im April hatten wir 85 % Arbeitslose, im August 21 %. Im Jahresdurchschnitt sind im Berichtsjahr 57,6 % unserer Mitglieder arbeitslos gewesen. Durchschnittlich hat jeder Kollege nur 22 Wochen arbeiten können. Im Anschluß an den Geschäftsbericht sprach Bezirksleiter Kollege Sahnow über unsere Lohn- und Tarifbewegung. Der Vorstand wurde mit Ausnahme des bisherigen Vorsitzenden wiedergewählt.

Lüdingen. (Königliche Niederlage der A.O.D.) Zu einer Bauarbeiterversammlung am 3. März in Ebingen hatte durch Sonderinserat auch der Erwerbslosen Ausschuss und die A.O.D. eingeladen. Kollege Rosenfeldt sprach über die Sonderbestimmungen für Saisonarbeiter und die Tätigkeit unseres Bundes und des A.O.D.; ferner sprach er über die Tarifvertragsverhandlungen im Baugewerbe. Außerdem wurde die Frage gestellt, wer künftig die Geschicke der Bauarbeiter in die Hand nehmen sollte. Nach dem eingehenden Vortrag des Kollegen Rosenfeldt kam es zu einer regen Aussprache. Von der A.O.D., Abteilung Bau, sprachen der Vorsitzende, der Kassierer und zwei weitere A.O.D.-Männer. Der Kassierer der A.O.D. erklärte, er sähe ein, daß die A.O.D. für die Arbeiterschaft keinen Zweck habe; nur die Einigkeit der Bauarbeiterschaft könne diese vor Verschlechterungen ihres Loses bewahren. Er habe einen Fehler gemacht und fordere nunmehr auf, Mann für Mann dem Baugewerksbund beizutreten. Die A.O.D. könne von den Beitrittsbeiträgen, die sie erhebt, keinen Kampf finanzieren und die rote Hilfe mit ihren Wasserjuppen könne im Kampffalle auch nicht helfen. Er lege sein Amt in der A.O.D. nieder und werde Mitglied im Baugewerksbund bleiben. Dann schwaefte ein Bauarbeiter Gulde etwas über die A.O.D., wobei er die üblichen Ausfälle auf die freien Gewerkschaften wiederholte. Darauf sprach der Vorsitzende der A.O.D. Er heißt Narr und sagte, man solle kein Rasperletheater aufführen. Persönlich hielt er sich nicht daran. Er erklärte, vor einigen Jahren noch in einem anderen Lager gewesen zu sein, durch die Not sei er jedoch Arbeiter geworden. Er stelle es frei, sich für die A.O.D. oder für den Baugewerksbund zu entscheiden. Der vierte A.O.D.-Mann mußte nur zu schimpfen und mußte dann unter allgemeinem Gelächter abtreten. Den Männern der A.O.D., die für diese eingetreten waren, wurde von unseren Leuten und auch vom Kollegen Rosenfeldt nichts geschenkt. Schließlich forderte der A.O.D.-Mann Koch, der allerhand Tarifräckerel beim Vergeben des Waldakhorbes begangen hatte, alle A.O.D.-Männer auf, mit ihm den Saal zu verlassen. Er mußte allein gehen, was ihm anscheinend nicht gefiel, denn er kehrte wieder zurück und forderte nochmals die A.O.D.-Männer auf, den Saal zu verlassen, wenn er sie nicht als Feiglinge bezeichnen solle. Neun junge Leute und der Kaufmann Eppler verließen darauf das Lokal. Der Kassierer und der Vorsitzende der A.O.D. blieben, ebenso viele sonstige A.O.D.-Männer. Es wurde festgestellt, daß allein der Deutsche Baugewerksbund für die Bauarbeiter die wirtschaftlichen Belange zu regeln habe. Sämtliche Kollegen erklärten den sofortigen Eintritt in unseren Bund. Das Ende war, daß der Kollege Leo Horn vollauf zu tun hatte, nach Schluß der Versammlung die vielen Beirtritte entgegenzunehmen.

Wittenberge. Zu der am 22. Februar abgehaltenen Vertreterversammlung war den Vertretern der Geschäftsleitung schriftlich zugestellt worden. Ihm ist zu entnehmen, daß auch bei uns im Berichtsjahr die Arbeitslosigkeit sehr groß war und heute noch ist. Hatten wir im Jahre 1929 eine durchschnittliche Beitragsleistung von 32 Vollbeiträgen je Mitglied, so waren es im Berichtsjahr nur 24. Viele Kollegen sind ausgesteuert und leben von Wohlfahrtsunterstützung, die aber nur minimal ist. Manche Kollegen bekommen auch diese nicht. Die Geschäftsleitung mußte oft eingreifen, um den Tarifvertrag zur Geltung zu bringen. Bei den Arbeitsgerichten hatten wir 12 Klagen. Die Höhe der eingeklagten Forderungen betrug 1522,52 M. In einem Falle mußte die Zwangsvollstreckung durchgeführt werden. 31 Streikfälle sind vom Geschäftsführer außergerichtlich erledigt worden. Auch beim Spruchauschuss des Arbeitsamtes konnten eine Reihe Einsprüche mit Erfolg durchgesetzt werden. Die Mitgliederzahl hat einen leichten Rückgang aufzuweisen. Noch im Jahre 1929 gab es Unternehmern mit 12 bis 18 Lehrlingen, inzwischen ist die Zahl stark zurückgegangen. Es sind bei weitem nicht so viel Lehrlinge eingestellt worden, als ausgerechnet haben. Jugendgruppen bestehen in 6 Zählstellen, wo alle 8 bis 14 Tage Bauabende und Zusammenkünfte der Lehrlinge abgehalten werden. Die Zahl der fachlichen Veranstaltungen der Jugendgruppen betrug 112. Differenzen wegen Lehrlingslöhne, Urlaub und Junggehilfenlohn wurden von der Geschäftsleitung mit den Unternehmern im Verhandlungswege erledigt, denn in den meisten Fällen war von den Eltern der Lehrlinge keine Vollmacht zu erreichen. Verhandlungen auf Anstellung eines Baukontrollwärs hatten keinen Erfolg, obwohl das sehr notwendig wäre. — Die Geschäftsleitung wurde einstimmig entlastet. Die Wahlen ergaben einstimmige Wiederwahl des bisherigen Vorstandes und der Revolutionskommission des gewerkschaftsschädigenden Treiben der A.O.D. wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, wonach die Vertreterversammlung in dem Treiben der A.O.D. die Arbeiterschaft schwer schädigendes Verhalten erzieht, das sich mit der Mitgliedschaft im Deutschen Baugewerksbund nicht vereinbaren läßt. Sie beauftragt den Vorstand, unverzüglich gegen solche Kollegen einzuschreiten, die die Bauarbeiterschaft der A.O.D. unterstützen. — Kollege Röhler, Berlin, gab darauf einen Bericht über den Stand der Verhandlungen um einen Reichstarifvertrag.

### Aus den Fachgruppen

#### Glasler.

Hamburg. In unserer Generalversammlung am 5. März gab Kollege Czepanski den Jahresbericht. Infolge der allgemeinen Wirtschaftsnote leiden auch unsere Kollegen unter großer Arbeitslosigkeit. Im Berichtsjahr hatten wir 1899 Erwerbslosenmeldungen gegenüber 1482 im Jahre 1929. Die monatliche Durchschnittszahl stieg von 122 auf 144. Bezug im Jahre 1929 die Vermittlungsziffer 420, so sank sie im Berichtsjahr auf nur 203. Trotz reger Werbetätigkeit ist in unserer Mitgliederzahl infolge der schlechten Beschäftigungsmöglichkeit ein kleiner Rückgang eingetreten. Zu Beginn des Berichtsjahres hatten wir 261 und am Schluß 246 Mitglieder. 2 Mitglieder haben wir durch den Tod verloren. Unsere Betriebsobleute und auch unsere Fach-

### Ohne Pflichten keine Rechte!

Für die Woche vom 22. bis 28. März ist der 13. Bundesbeitrag für 1931 zu zahlen.

gruppenleitung haben eine ganze Reihe Differenzen geschlichtet, auch die Tarifschlichtungskommission regelte einige Differenzfälle. Der Versammlungsbesuch war nicht zufriedenstellend. Unsere Bemühungen, die Mitglieder des Tafelglasbandes unserem Bunde wieder zuzuführen, scheiterten an der Uneinigkeit dieser Gruppe. Eine intensive Tätigkeit entfalten wir auf dem Gebiet des Unfallschutzes. Im Februar hat die Glaserinne unsern Tarifvertrag gekündigt. Harte Kämpfe stehen bevor. — Nach kurzer Aussprache wurde der Fachgruppenleitung Entlastung erteilt. Die bisherige Fachgruppenleitung sowie die Lohnkommission wurden einstimmig wiedergewählt. Dann folgte noch ein Bericht der Lehrlingskommission. Im Laufe des Monats Februar kamen zu den 105 vom Januar übernommenen Erwerbslosen noch 82 hinzu. Vermittelt wurde dagegen niemand, aber durch Fernbleiben vom Arbeitsnachweis entzogen sich 27 Erwerbslose der Kontrolle. Am 28. Februar waren 160 Erwerbslose beim Arbeitsnachweis eingetragen.

#### Löcher und Fliesenleger.

Landesberg/W. (Osenfelder.) Die Sperre über die Firma Alex Kaczowski ist aufgehoben. Kaczowski hat sich bereit erklärt, die Tariflöhne zu zahlen und nur organisierte Osenfelder zu beschäftigen.

### Allgemeine Rundschau

Der Kampf um den § 218. Der § 218 des deutschen Strafgesetzbuches besagt: „Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorzeitig abtreibt oder im Mutterleibe tötet, wird mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft. — Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt eine Gefängnisstrafe nicht unter 6 Monaten ein. — Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tötung bei ihr anwendet oder beigebracht hat.“ Um diesen Paragraphen wird heftig gestritten. Eine Urgin und ein Arzt von Stuttgart wurden verhaftet, weil sie in Hunderten von Fällen gegen den § 218 verstoßen haben sollen. Hier handelt es sich um eine Angelegenheit, die das arbeitende Volk in erster Linie angeht. Betrachtet man nachstehende Ziffern, so wird man sich darüber klar sein, welche Motive dem Kampf um den § 218 zugrunde liegen: Die Zahl der jährlichen Abtreibungen in Deutschland wird auf eine Million geschätzt und liegt höher als die Zahl der Geburten. 20 000 Frauen sterben jährlich durch Abortsteifer. 200 000 bis 300 000 Frauen erleiden schwere Erkrankungen nach Fehlgeburten. Rund 10 000 Anzeigen je Jahr werden wegen Abtreibungen erstattet, hinzu kommen etwa 6000 bis 7000 Verurteilungen jährlich. Die Ziffern sprechen eine deutliche Sprache. Meistens werden es Frauen des arbeitenden Volkes sein, die wegen Verletzung des § 218 in die Klauen der Justiz geraten. Wenn ein Arbeiter nur mit Mühe und Not sich und die Seinen zu ernähren vermag und trotzdem ein neuer Anknüpfungspunkt anknüpft, dann wird die Frage akut, ob nicht aus sozialen Gründen ein Eingriff notwendig ist. Die in den Großstädten eingerichteten Eheberatungsstellen können ein Lied davon singen, wie ungeheuer groß die Zahl der Menschen ist, die aus ihrer mitleidigen sozialen Lage heraus sich an sie wenden und um Rat und Hilfe ersuchen. Weil ein ärztlicher Eingriff durch den § 218 erschwert ist, greift das Volk zur Selbsthilfe und findet Eingang bei Kurpfuschern, Engelmachern usw. Die Grausamkeit und Unsinnigkeit des § 218 wird deutlich dargelegt dadurch, daß jährlich über eine Million deutscher Frauen gegen ihn verstoßen. Der in Stuttgart angeklagte Arzt Dr. Friedrich Wolf stellt folgende Forderungen auf: „1. Einrichtung für Beratungsstellen zur Geburtenregelung und Sexualhygiene; dort kostenlose Ausgabe von Verhütungsmitteln an Krankenkassenmitglieder und Unbemittelte. 2. Die Notwendigkeit der Unterbrechung der Schwangerschaft kann nur von sozial geschulten, beamteten Ärzten entschieden werden. Die Unterbrechung der Schwangerschaft selbst soll nur in staatlichen Kliniken durch geschulte Ärzte stattfinden.“ Man kann gegen diese Forderungen dies und jenes einwenden; dennoch kann man ihnen die Berechtigung nicht verweigern. Bernhard Shaw hat einmal seinem Standpunkt durch folgende Worte Ausdruck verliehen: „Ein Volk, das nicht die Möglichkeit hat, seine Kinder zu ernähren, hat nicht das Recht, Kinder zu verlangen!“ Wenn es feststeht, daß die Arbeitslosigkeit auf Jahre hinaus hoch bleiben wird, dann wäre es unsinnig, einen hohen Geburtenüberschuß zu verlangen. Deshalb sind wir überzeugt, daß das arbeitende Volk in seiner Mehrheit gegen den § 218 ist und seine Beseitigung wünscht.

Partei kommunistischer Zuwachs. Der wegen nationalsozialistischer Umtriebe im sogenannten Ulmer Reichswehrprozess vom Reichsgericht verurteilte Leutnant a. D. Scheringer hat sich, wie der kommunistische Abgeordnete Klippenberg im Reichstag mitteilte, vom Faschismus los-

gesagt und der kommunistischen Partei angeschlossen. Dieser gründliche Frontwechsel des Herrn Leutnant, der im Einverständnis mit seinen mitverurteilten Kameraden Wendt und Lubin vorgenommen worden ist, zeigt, wie schnell das instinktive Bürgertum und Nationalheldenfrömmigkeit zwischen den äußersten politischen Polen hin und her pendeln. Der Zuwachs sei Thälmann gegönnt.

Berufliche Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebamen Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steinbamm 81, bestehenden technischen Abendkurse, die es ermöglichen, sich ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit in Theorie, Veranschlagen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Mauerkonstruktionen, Gewölbebau, Entwerfen von Etagenhäusern, Geschäfts-, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschlagen und Bauführung, Eisenbetonbau. Der Unterricht ist viermal wöchentlich abends. Er besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Praxis geforderten Art angefertigt werden, und wird von Architekten, Ingenieuren und Landmessern erteilt, die Hochschulbildung, langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtshalbjahr beginnt Mitte April. Programme und Auskunft täglich abends von 6 bis 8 Uhr in der Lehranstalt, Steinbamm 81. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

### Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Das Abrechnungsmaterial für das erste Vierteljahr ist am 17. März an die Vorsitzenden der Baugewerkschaften versandt worden. Baugewerkschaften, die es nicht erhalten haben, müssen es umgehend bei der Bundeskasse anfordern. — Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß Beiträge, die die Baugewerkschaften für Kalender, Buchhüllen, Bundesnadeln, „Bauwerk“, Einbände usw. an die Bundeskasse zu zahlen haben, nicht als „sonstige Einnahmen“ für die Bundeskasse eingezahlt werden dürfen. Diese Beiträge sind besonders an die Bundeskasse einzufenden.

Gestohlenes Mitgliedsbuch. Bei einem Einbruch in die Wohnung des Kollegen Ernst Brunner, Chemnitz, Humboldtstraße 11, wurde unter anderem auch das Mitgliedsbuch Nr. 295 629 gestohlen, laufend auf den Namen Ernst Brunner, Hilfsarbeiter, geboren 16. Dezember 1882 in Niederwürschitz, eingetretet am 14. August 1926 in Chemnitz.

### Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Annaberg. (Arnsfeld.) Ferdinand Schreier, M., 79 J. (Geier.) Otto Ullmann, Maurer, 75 Jahre alt.
- Danzig. Franz Romahn, Hilfsarbeiter, 53 Jahre alt.
- Dresden. Otto Kopitz, Hilfsarbeiter, 57 Jahre alt. (Goschwig.) Robert Schulze, Hilfsarbeiter, 67 Jahre.
- Eisenach. August Feuler, Maurer, 70 Jahre alt.
- Emden. Aaldrich Brechters, Hilfsarbeiter, 74 Jahre.
- Siemen Bandy, Maurerlehrling, 17 Jahre alt.
- Schwewe. (Frieda.) Georg Pusch, Maurer, 46 Jahre.
- Freienwalde/Oder. Wilhelm Thiede, Maurer, 82 J.
- Görlitz. Richard Czeczajka, Maurer-Polier, 60 Jahre.
- Adolf Elsner, Hilfsarbeiter, 48 Jahre alt.
- Wilhelm Kitzner, Maurer, 33 Jahre alt.
- Guben. Karl Kommol, Maurer, 50 Jahre alt.
- Hamburg. Friedrich Arndt, Plattenseher, 69 Jahre.
- Christian Drechsler, Hilfsarbeiter, 67 Jahre alt.
- Carl Harbig, Löcher, 53 Jahre alt.
- (Harburg.) Carl Jobmann, Hilfsarbeiter, 62 Jahre.
- Wilhelm Meyer, Maurer, 57 Jahre alt.
- Johann Niebuhr, Maurer, 74 Jahre alt.
- (Harburg.) Arthur Santowski, Maurer, 55 Jahre.
- Kurt Seifert, Jollerhelfer, 18 Jahre alt.
- (Bergeborf.) Franz Schenk, Stuftat.-Lehrl., 17 J.
- Carl Teitzel, Maurer, 61 Jahre alt.
- Andreas Trümper, Maurer, 57 Jahre alt.
- Friedrich Warnke, Maurer, 81 Jahre alt.
- Albert Zastrow, Osenfelder, 69 Jahre alt.
- Hameln. Heinrich Biermann, Hilfsarb., 55 J. alt.
- Jena. (Rahla.) Karl Zenigraff, Maurer, 23 J. alt.
- Karlsruhe. (Welmeneut.) Th. Gamber, Maurer, 58 J.
- Kratow. Karl Gehrke, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
- Leipzig. (Schleuditz.) W. Engelmann, Maurer, 70 J.
- Emil Papsch, Hilfsarbeiter, 63 Jahre alt.
- Magdeburg. (Gr.-Zimmensleb.) H. Wesche, M., 45 J.
- Mannheim. (Wallstadt.) Peter Krümer, Maurer, 63 J.
- München. (Obergießing.) Johann Ros, Maurer, 62 J.
- (Zsmaning.) Georg Schmid, Maurer, 55 Jahre alt.
- (Berg a. Laim.) Ludw. Schneider, Taf.-Bücher, 56 J.
- Oldesloe. Heinrich Thiß, Maurer, 39 Jahre alt.
- Reichenbach. (Eulengeb.) Ernst Schermerder, M., 75 J.
- Senftenberg. (Reppist.) Karl Wedlich, Maurer, 60 J.
- Schleswig. (Gärtnersörde.) Peter Döbber, M., 53 J.
- (Rendsburg.) Friedrich Jöhnk, Maurer, 46 J. alt.
- Schwerin. Heinrich Stropahl, Hilfsarb., 53 J. alt.
- Stauffurt. (Güsten.) Richard Möhring, Maurer, 45 J.
- Stettin. (Müdamm.) Herm. Ehmke, Hilfsarb., 67 J.
- Hermann Kunde, Maurer, 72 Jahre alt.
- Hermann Fritzke, Osenfelder, 68 Jahre alt.
- Vegeßack. (Burgdamm.) Heinr. Köhnken, H., 35 J.
- (Osterh.-Scharmbach.) Martin Kattenhorn, M., 71 J.
- Kristian Gnutzmann, Maurer, 56 Jahre alt.
- Warin. Georg Wibcke, Maurer, 68 Jahre alt.
- Wismar. Friedrich Döbberin, Hilfsarb., 67 J. alt.
- Heinrich Rahloff, Maurer, 72 Jahre alt.
- Zeitz. (Droyßig.) Walter Rosenberg, Maurer, 28 J.

Ehre ihrem Andenken!

Erklärung. Die Unterzeichneten nehmen die Beschuldigung gegen den Kollegen Julius Steffen, Stuttfurter, daß er Mitglied der K. P., den 10. März 1931. Frankfurter a. M., den 10. März 1931. Karl Kraus, Dr. Müller, Gg. Gehrig.

22.2.
85,8
76,8
87,4
84,0
71,7
42,6
85,2
77,9
49,6
68,7
77,6
63,4
60,4
79,2
81,3
78,0
74,6
73,6
73,2
—
76,03

### Bücher u. Schriften

**Erfolgreiche Lebensführung, Betrachtung und Anleitung** von Dr. Fritz Gerathewohl. Verlag Zentralverband der Angestellten (D. Urban), Berlin SO, 36, Draußenstr. 40-41. Buchhandelspreis 2,40 M. — Der Verfasser nimmt in dieser Schrift Stellung zur Selbsterziehung des tätigen Menschen und der Kunst der Menschenbehandlung. Die Schrift ist gleichzeitig eine Einführung in die Ergebnisse der modernen Seelenkunde. Durch ihre sachliche Einstellung und durch die starke Betonung der Werte des Gemeinschaftslebens und der Bildungsarbeit besitzt die Schrift starke, sittliche Werte. Freisich und klar geschrieben, mit zahlreichen praktischen Beispielen und brauchbaren Anleitungen ausgestattet, wird der Leser für seine Lebensführung aus ihr reiche Anregung schöpfen können.

**Soziale Bauwirtschaft.** Monatlich zwei Seiten. Bezugspreis vierteljährlich 2,25 M. In einer kurzen, sachlichen Würdigung der neuen prägnanten Bauwirtschaftsrichtlinien wird im 5. Heft 6 der „Sozialen Bauwirtschaft“ die Hoffnung ausgesprochen, daß angesichts des bereits stark

fortgeschrittenen Baujahres ein erheblicher Teil des Neubauprogramms noch in der alten Weise abgewickelt werden möge, weil sonst die Bautätigkeit noch für Monate ruhen würde. Für die richtige Auswirkung der neuen Bestimmungen mußte mit einer Übergangszeit von mindestens einem halben Jahre gerechnet werden. Ueber die zum Ausgleich für höhere Zinsaufwendungen in Aussicht genommenen Zinsausgleiche sollten bis jetzt noch alle näheren Bestimmungen. Die Befreiung auf fünf Jahre werde sich auch erschwerend auswirken, denn der vorjährige Bauauftraggeber müsse immerhin mit dem Aufheben dieser Aufschüsse nach fünf Jahren rechnen. — Die überaus schwierige Lage des Berliner Wohnungsbaues geht aus einem von Stadtrat Geminiski in der Berliner Gehag-Ausstellung gehaltenen Vortrage hervor. Da Berlin, wie wir dem in der Sozialen Bauwirtschaft abgedruckten Bericht entnehmen, für das Baujahr 1931 keine Mittel mehr zur Verfügung hat, steht die Berliner Bauwirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch, wenn ihr nicht aus dem staatlichen Ausgleichsfonds geholfen wird. Die Stadt Berlin hat an diesen Fonds bis jetzt 315 Millionen Reichsmark gezahlt und nur etwa 2 Millionen zurückgehalten. Die Berliner freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen haben deshalb einen Sonderkredit zur Finanzierung des Berliner Wohnungsbaues verlangt, worüber wir bereits berichtet haben. Einer heftigen Kritik wird die Verwendung des thüringischen Saus-

ausgleichsfonds unterzogen. Die Bauweise wird unter Hinweis auf die Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschungen und des Magazins der Wirtschaft auf die unheilvolle Beschränkung der öffentlichen Mittel und weiter auf den sinnlosen Wettbewerb des privaten Baugewerbes um die wenigen Aufträge zurückgeführt. In einer eindrucksvollen Studie würdigt J. Lufas die erfreuliche Entwicklung der schweizerischen Arbeiterbank. Weitere Beiträge betreffen das zehnjährige Bestehen der Bauhütte Jmtal in Apolda und die Annahme wichtiger sozialdemokratischer Anträge im Haushaltsausschuß des Reichstages über das Bauparwesen und die Arbeitsbeschaffung. Kurz erwähnt wird auch eine Verfügung der Stadt Hamburg zur Beseitigung des den Wohnungsbau hemmenden Infanzweges, die anderen Städten zur Nachahmung empfohlen werden kann.

„**Gewerkschafts-Archiv.**“ Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Herausgegeben von Karl Zwarg. Verlag Karl Zwarg, Verlagsbuchhandlung, Jena. St.-Jakob-Straße 36. Vierteljahresabonnement 3,60 M.

„**Die Arbeit.**“ Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde. Herausgeber: Theodor Zepart. Schriftleitung: Götter Gebmann. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin G. 14. Abonnementspreis vierteljährlich 3,60 M., für Gewerkschaftsmitglieder 2,85 M.

## Die Heilkraft der Kräuter

war schon vor uralten Zeiten bekannt und kann nicht bezweifelt werden. Sein Heilvermögen, dies darf ruhig behauptet werden, ist durchgreifender als das, auf Beobachtungen und Erfahrungen von Naturkräften und Ueberlieferungen durch Generationen hindurch aufgebaut, aber auch wissenschaftlich bearbeitet und anerkannte Pflanzenheilverfahren. Heilpflanzen wirken aufsteigend, abschwächend, und blutreinigend, dabei gleichzeitig aufbauend und ernährend. Ebenjowa wie man natürliche Nahrungsmittel durch künstliche Nahrungsmittel vollwertig ersetzen kann, wird es auch gelingen, die natürlichen Heilkräfte in den Heilkräutern durch chemische Heilmittel überflüssig zu machen. Sehr häufig zeigt sich bei Leuten eine unangenehme oder schädliche Nebenwirkung. — Nicht allein bei Krankheiten in den Anfangsstadien, sondern auch bei chronischen Leiden, z. B. Arterienverhärtung, Asthma, Blasen- und Nierenleiden, Rheumatismus, Blutarbeit, Blut- und Stoffwechsellstörungen, Bronchial- und Lungenleiden, Darm- und Magenleiden, Fettleibigkeit, Gallenleiden, Sarnsäureleiden, Gicht, Nervenleiden, Jochias, Hämorrhoiden, Herz- und Nervenleiden, Krampf, Drüsenleiden, Skrophulose, Wechseljahrsbeschwerden, Mierein, Ruderkrankheit und anderen Leiden wurden mit pflanzlichen Heilmitteln sehr gute Erfolge erzielt! Nur weil man die Kräuter bisher meistens nur als umständlich auszubereitende Kräutertees verwenden konnte, wurden sie von vielen nicht angewendet. Heute ist dies anders! Auch die Kräuterheilmittel-Industrie hat sich den Fortschritten der Neuzeit angepaßt. Als bewährte und größte Heilkräuter-Spezial-Firma verfügen wir über reiche Erfahrungen in der Herstellung jeder Art Kräuterheilmittel und stellen jetzt solche sowohl in der altbewährten, als auch in praktischen modernen Verarbeitungsformen als: Kräuter-Tees, Kräuter-Wässer, Kräuterpulver, Stapseln (mit Kräuterpulver gefüllten, kleinen leicht einzunehmenden Tabletten), Kräuter-Tabletten, sowie auch als aus frischen Heilpflanzen auf feinstem Wege getreteten Heilpflanzen-Säfte nach altbewährten, eigenen und ärztlichen Rezepten gegen viele Krankheiten her. Jeder Kranke sollte sich von der guten Wirkung dieser Heilkräuter-Heilmittel überzeugen! Wir erbeten schon viele tausende Dankbriefe und ärztliche Erfolgsberichte!

Herbaria-Kräuterparadies, Philippsburg 306 (Bad.)

### Hoher Verdienst

entgeht Ihnen, wenn Sie diese Anzeige unbeachtet lassen. Der „Heimstricker“ bringt Ihnen einen recht gut. Verdienst. Bei nur 200 RM. Betriebskapital richten wir Ihnen eine Heimstricker ein. Arbeiten auch Sie zu Hause, wie viele andere. Verlangen Sie in Ihrem Interesse Prospekt 94 von Gustav Nissen & Co., Dresden-N 6, Kasernenstraße 84

### Radikaler Preisabbau!

Andere werden wir bewahren durch unsere neuen Kataloge. Spezial-Gesellschaft Kassel 308

Billige böhm. Bettfedern nur reine, gutfüllend. Sorten Ein Kilo: graue geschliss. 2,50 Mk., halbweiße 3.- Mk., weiße 4.- Mk., bessere 5.- Mk., 6.- Mk., daunenweiche 7.- u. 8.- Mk., beste Sorte 10.- u. 12.- Mk., weiße ungeschlissene Ruffedern 6,50 u. 7,50 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand franco zollfrei, gegen Nachn. Muster frei. Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen. (Böhmen)

Zieh. 15. b. 22. April  
**Volkswohl-Lotterie**  
51178 Gew.u. 2Präm.  
**465 000**  
Höchstgewinn **150 000**  
**100 000**  
Doppellos 2.-  
Porto u. Liste 35 Pf.  
Auch unter Nachn.  
**Georg Binder**  
Bankhaus Hamburg  
Große Bleichen 3  
P.-Sch. Hamb. 59549  
**In 3 Tagen**  
**Nichtraucher**  
Auskunft kostenlos!  
**Sanitas-Depot**  
Halle a. d. S. 22 U.

## „Wissen ist Macht!“

Kollegen, vermehrt euer Wissen durch Lesen unserer Fachzeitschrift



Jedes Mitglied muß die technischen Fortschritte und Neuerungen im Baugewerbe verfolgen, wenn sein Wissen zur Macht werden soll. — „Stillstand ist Rückschritt“, und jeder von euch will vorwärts. — Darum abonniert

## „Das Bauwerk“

Monatlich ein Heft, 24 Textseiten mit zahlreichen Abbildungen. Bezugspreis für Mitglieder des Deutschen Bauwerksbundes vierteljährlich 1,50 RM. Am 1. April beginnt ein neues Vierteljahr. Bestellungen nehmen die Vorstände der Baugewerkschaften und die Beitragskassierer entgegen.

Wir liefern an Jedermann

**Tuche**  
Herren- ab Damen- Stoffe ab Stoffe sofort Muster Verlangen Sie Fabrik

**Uhr**  
24-Std.-Zifferbl. 1a Ankerwerk v. m. verg. Ränd. sow. g. Kaval. kett. m. 2jäh. schriftl. Gar. f. n. zus. 6,50 Mk. Erwin R. Berthold, Halle a. S. 21

**Maurerhosen!**  
Zweidraht 6.- r. d. H., Oveland 10.- M., Herkules 13.- M. sendet nach Maß Hohlfeld, Dresden 5, Ritterstr. 2.

**Lest unser Bauwerk**

**Gummiwaren,** hygien. Artikel. Preis: 1 Gr. „Medicus“ Berlin SW 68, Alle Jacobstr. 8

## Denkt zum Frühjahr an Euer Eigenunternehmen

das Lindcar-Fahrradwerk AG. Berlin-Lichtenrade



## Fahrräder und Nähmaschinen

billiger Neue Modelle! Neue Preise! Kleinste Raten Niederlagen in allen Teilen des Reiches. Alle Ortsausschlüsse des ADGB., alle Kartelle vermitteln Aufträge, auch unsere Geschäftsstellen und Funktionäre. Deutscher Bauwerksbund.

## DAS GESICHT DER ZEIT

**EISLER-BUSCH AUFNAHMEN**

Bestell-Nr. 3942: Lied der Arbeitslosen  
Lied der Bergarbeiter

Bestell-Nr. 4033: Lied der Baumwoll-Plücker  
Ballade vom Nigger Jim

Bestell-Nr. 4032: Die Mahnmühle (Reichshändel)

In allen Fachgeschäften Mk. 3.15 pro doppelseit. Platte

In Verleih. d. Schallplattenvertrieb für Arbeiterorganisation (H. Jung, Berlin C 25, Kais.-Wilh.-Str. 31)

**Louis Mosberg**  
Bielefeld 2  
Berufskleidung  
Werkzeuge  
— Preisliste gratis —

**Wilhelm Fahr**  
jetzt:  
Berlin, Brunnenstr. 78.  
Staatslose versendet Berlin, Strassmannstr. 103

**EISU-Betten** Schlafst. Kinderh. Polster, Chaisel, an jeden. Teilz. Katal. 267 fr. Eisenmöbelabrik Suhl (Th.)  
**Reellste Bezugsquelle!**

**Neue Gänsefedern**  
von der Gans gerupft mit Daunen, dopp. gereinigt, allerbeste Qualität! 1 Pfd. 3.—, nur kleine Federn (Halbdunen) 4,50 M.; Daunen 6,25, gereinigte, gerissene Federn mit Daunen 3,50 u. 4,75, hochpr. 5,75, allerf. 7.— 1a Voll-daunen 9.— u. 10.— FBr reelle, staubfr. Ware Garant. — Versand gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei. Nichtgefall. nehme auf meine Kosten zurück. **Willy Mantuffel**, Gänse-mästerei, gegr. 1852, Neutrebbin 3 b (Oderbr.) Ältestes u. größtes Bettfedern-versandgeschäft des Odebruchs.

T. 10 A

## Josef Witt, Weiden 54 Oberpfalz.

Größtes Baumwollwebwaren-Spezialversandhaus der Art Europas mit eigenen Webwaren-Fabriken.  
Ueber 2000 Arbeiter und Angestellte.

gibt wie folgt ab:

Nr. 1	Weißes Hemdentuch	schwere, gute, sehr haltbare Sorte, für starke Wäschestücke, 80 cm breit, per Meter	-.28
Nr. 2	Vorhangstoff	sog. Gardinen, mit echt indanthrenfarbigen Streifenmustern 70 cm breit, per Meter	-.19
Nr. 3	Hemdenflanell	einwas leichte Gebrauchsware, indanthrenfarbig gestreift 70 cm breit, per Meter	-.23
Nr. 4	Hemdenflanell	fast unzerreißbare, kräftige strapazierbare Qualität, echt indanthrenfarbig gestreift, 74 cm breit, per Meter	-.39
Nr. 5	Stuhltuch	auch Haustuch genannt, weiß, sehr dicht geschlossene, starke Qualität, für bessere, strapazierb. Betttücher, 150 cm br., p. Mtr.	1.15
Nr. 6	Handtücher	strapazierbare, haltbare Qualität, weil nicht vollkommen gleichmäßig. Verkauf nach Gewicht . . . . . per Pfund	1.25
Nr. 7	Strickwolle	garantiert reine Wolle, solide, strapazierbare Qualität, lieferbar in schwarz . . . . . per Pfund	1.95

Diese Preise haben nur solange Gültigkeit, bis ein neues Inserat mit anderen Preisen erscheint.

Abgabe von jedem Artikel bis 100 Meter bzw. 10 Pfund. — Versand von Mk. 10.— an; ab Mk. 20.— portofrei.  
Nichtentsprechendes wird auf meine Kosten zurückgenommen und der volle ausgelegte Betrag zurückbezahlt.